

Pacific News

Nachrichten - Mitteilungen - Hintergründe
aus dem pazifischen Raum

Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V.



Opium and Development in the Golden Triangle
Genderspezifische Aneignung von Straßenflächen in Hanoi
Die Salomonen - Neue australische Pazifik-Politik
Megacities: Handlungsmodelle und Lösungsansätze
Illusion der schönen Zahlen in Singapur
Aufbau sozialer Infrastruktur in Osttimor



Pacific News

Die Pacific News, ISSN 1435-8360, ist das periodisch erscheinende Informationsmedium der Arbeitsgemeinschaft für Pazifische Studien e.V. (APSA), welches in Zusammenarbeit mit der Abt. für Kultur- u. Sozialgeographie am Geographischen Institut der Universität Göttingen herausgegeben wird.

Durch die interdisziplinäre Vielfalt der Beiträge möchte die Pacific News ihren Lesern die Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen im asiatisch-pazifischen Raum erleichtern; ferner ist es ein Bestreben der APSA, engagierten Nachwuchswissenschaftlern eine seriöse Publikationsplattform anzubieten.

Die Pacific News erscheint halbjährlich in Göttingen. Interessierte Autoren können die Redaktion unter den angegebenen Adressen kontaktieren.

Inhaltsverzeichnis

S. 4 Leserbrief zum Thema Tourismus in Myanmar

S. 5 *Ruth Sharifa Djedje & Rüdiger Korff*

Opium and Development
Global and Local Interactions in the Golden Triangle



S. 8 *Marita Schnepf-Orth*

Genderspezifische Aneignung von Straßenflächen in Hanoi
Straßenhandel und Personenverkehr im innerstädtischen
Altstadtgebiet der 36-Straßen



S. 12 *Marion Struck-Garbe*

Die Salomonen
Ein Beispiel für die neue australische Pazifik-Politik

S. 17 *Rolf Jordan*

Die Illusion der schönen Zahlen
Amtliche Statistiken zwischen Manipulation und Geheimnis-
krämerei – Das Beispiel Singapur





Opiumanbau im Golden Dreieck Indochinas, die Entsendung australischer Truppen auf die von Unruhen betroffenen Salomonen und Fragen einer genderspezifischen Aneignung des Straßenraums in Hanoi – dies sind nur einige der Themen der aktuellen Ausgabe der Pacific News. Und sie zeigen vor allem eines: die aistisch-pazifische Region hat an Themen weit mehr zu bieten, als es der tagesaktuelle Blick der Nachrichten – etwa zur Vogelgrippe oder einer anhaltenden terroristischer Gefahr – vermuten lassen. Ohne diese ‚großen‘ Themen außen vor zu lassen, werden wir auch in Zukunft versuchen, der Region mit einem breiten Themenspektrum gerecht zu werden.

Dr. Michael Waibel

Diese Zielsetzung verfolgt die APSA nicht nur mit der Pacific News, sondern zugleich auch in anderen Bereichen. So etwa in der gerade laufenden interdisziplinären Ringvorlesung zur Frage „Wird das 21. Jahrhundert das ‚pazifische Jahrhundert‘?“.

Wie bereits im letzten Jahr an der RWTH Aachen, so versammelt auch die Ringvorlesung an der Georg-August-Universität in Göttingen Vorträge zu unterschiedlichsten Thematiken und Aspekten, die die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit der Region und der auf sie ausgerichteten wissenschaftlichen Arbeiten widerspiegelt. Und nachdem mittlerweile die Beiträge der Ringvorlesung in Aachen auch als Buch vorliegen (Wandel, Werte, Wirtschaft im pazifischen Raum. Göttingen 2003), so ist auch für die laufende Ringvorlesung in Göttingen eine Publikation der Beiträge in der von der APSA herausgegebenen Reihe Pazifik Forum vorgesehen.



Dr. Rolf Jordan

Der Redaktion bleibt an dieser Stelle nur noch, den Autorinnen und Autoren zu danken, die zu dieser Ausgabe beigetragen haben, und unseren Lesern eine interessante und anregende Lektüre zu wünschen.

Die Redaktion

S. 20 *Heinz Gödde*

Aufbau sozialer Infrastruktur in Osttimor
Das Bildungswesen



S. 24 Tagungsbericht: Global Sozial? von *Rolf Jordan*

Eine internationale Konferenz zu Strategien sozialer Sicherheit in Asien und Deutschland

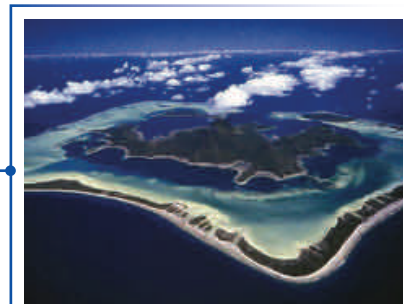
S. 26 Tagungsbericht: Megacities III

Handlungsmodelle und strategische Lösungsansätze



S. 27 Introduction: Megacity Taskforce

S. 28 Webtipp: South East Asia - Pacific Islands Picture Gallery



Coverbild: Tradition and Modernity (Composition)

Foreground Picture: Joss sticks selling Boy in Mingun near Mandalay, © 2001 Robert Weber;

Background Picture: Skyline of Hong Kong, © 2003 Michael Waibel.



Dr. Christian
Baumgartner

Sehr geehrter Herr Rolf Jordan,
sehr geehrter Herr Waibel,
werter Herr Seib

mit Interesse habe ich den Beitrag zu
Burma in der Pacific News 20 gelesen.

Einleitend kurz zu unserem Hintergrund:
Wir wurden 1995 als Servicestelle
- wenn auch eigener Verein - für die
Naturfreundebewegung eingerichtet und
bearbeiten das Themenfeld Tourismus
und nachhaltige Regionalentwicklung
in Forschung, Bildung, Politikberatung
und umsetzungsorientierten Projekten.
Seit 1998 betreuen wir auch für die
Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
das Themenfeld Tourismus
und Entwicklungspolitik. Wir sind also
eine tourismus- und entwicklungspoliti-
sche NGO.

Wir wurden im November 2002 sowohl
von internationalen entwicklungspoliti-
schen NGOs wie von Medien vor dem
Hintergrund des ersten Direktflügen



Aufnahme: Michael Waibel 2002

Eines der touristischen Highlights:
Die Mahahumi Pagode in Mandalay

nach Rangun (Lauda Air) aufgefordert,
eine Stellungnahme zum Thema Touris-
mus nach Burma abzugeben. Übrigens
gab es keine europäische Fluglinie, die
einen Flug eingestellt hätte.

Nach längeren internen Diskussionen ha-
ben wir beschlossen, in Kooperation mit
der ÖEAZ einen (leider kurzen) Vor-Ort
Besuch und intensive Recherche durch-
zuführen, U.a. haben wir auch in Genf
Mitglieder der burmesischen Exilregie-
rung getroffen. Kern der Fragestellung
war es herauszufinden, inwieweit heute
(anders als noch 1990) die burmesische
Bevölkerung vom Tourismus profitieren
kann oder ob ein Tourismus tatsächlich
nur das Militärregime stützt.

Neben allen Menschenrechtsverletzun-
gen, die wir beobachten konnten oder
von denen wir erfahren haben, gibt es
auch Argumente die für einen Tourismus
nach Burma sprechen.

Fazit unserer Arbeit (in aller Kürze):

- Tourismus ist für Burma zu unbe-
deutend, als dass ein Boykott wahr-
scheinlich politische Wirkung zeigen
würde. Burma verdient hauptsächlich
an Teakholz, Jade, Shrimps und Dro-
gen. Ein totaler Boykott seitens der
EU und der USA würde auch eine
weitere Annäherung an China mit sich
bringen, was einer Demokratisierung
nicht unbedingt dienlich ist. Heutiges
Fazit der Entwicklungspolitik ist, dass
weder die engagierte Kooperation der
Nachbarstaaten noch der Boykott der
EU und USA faktisch etwas am Kurs
des Regimes, das große Reserven im
Hintergrund hat (allerdings nicht für
die Bevölkerungen, die am meisten
unter Boykott leidet), ändert.
- die Bevölkerung kann heute vom
Tourismus tatsächlich in Form von
Arbeitsbekämpfung (Einkommen als
Arbeitskräfte, Zweiteinkommen für
landwirtschaftliche Produkte, Hand-
werk), Zugang zu Information und
Bildung (Englisch-Ausbildungen,
Internet-Zugang, Arbeitsplätze für
Frauen, etc.) profitieren.
- die direkten Geldflüsse an das Re-
gime sind heute wesentlich geringer
als früher, da die meisten Unterkünfte,
Agenturen, Transportunternehmen im
(teilweise ausländischem) Privatbesitz
sind
- Touristen, die vor Ort Informationen
erhalten und einen Bezug zum Land
bekommen, engagieren sich in Folge

stärker (z.B. gerade jetzt im Fall der
Inhaftierung von Aun San Suu Kyi)

Was aber auch stimmt, ist, dass die Rei-
severanstalter ihre Kunden meist nicht
oder unzureichend über die Zustände
im Land informieren. Das Goldene
Burma ist als Schlagwort in den Ka-
talog zu finden, von der Armut und
den Menschenrechtsverletzungen steht
nichts. Uninformierte Reisende können
BurmesInnen in ernsthafte Gefahren
bringen. Gefängnisstrafen für Burmesen
für Nichtigkeiten, die durch unbedach-
te Handlungen von Touristen verursacht
werden, sind keine Seltenheit.

Hier hat die Tourismuswirtschaft eine
große Verantwortung wahrzunehmen
und bei Reiseangeboten in Länder wie
Burma über reine Werbung hinaus zu
informieren.

Wir arbeiten gerade für die ÖEZA an
einer Informationsbroschüre für Rei-
sende, die genau diese Hintergrund-In-
formationen aufbereiten wird und von
den Fluglinien und Veranstaltern an ihre
Kunden mit den Reiseunterlagen verteilt
wird. Wir bieten auch Informationen
an, die bsp. in Vorbereitungsabende
mit den Reisenden integriert werden
können. Wir hoffen sehr, dass viele
Reiseveranstalter von diesem Angebot
Gebrauch machen.

Auf unserer Homepage findet sich
auch der gesamte Bericht ([http://
www.respect.at/media/pdf/pdf244.pdf](http://www.respect.at/media/pdf/pdf244.pdf);
ca. 3,5 MB), der ausführlich auf die
oben genannten Fragestellungen (Pro
und Contra) eingeht.

herzliche Grüße

Christian Baumgartner

Dr. Christian Baumgartner
Geschäftsführer
respect - Institut für Integrativen Tourismus
und Entwicklung
Diefenbachgasse 36/4
A - 1150 Vienna
Tel: +43-1-8956245-14
Fax: +43-1-8129789
web: www.respect.at

Opium and Development

Global and Local Interactions in the Golden Triangle

Ruth Sharifa Djedje & Rüdiger Korff

One significant aspect of the “Golden Triangle”, formed by Thailand, Laos and Burma has been that until recently, the governments of the states to which the region belongs to, could hardly exercise control over this territory, characterized by multiple ethnic groups. Even though the local communities were only slightly integrated into the nation states, the region had world wide significance in the fight against communism (the so-called roll back in China and later the war in Vietnam), and as the major source for the production of illicit drugs traded in global networks. Instead of states, the golden triangle was dominated and more or less controlled by warlords, paramilitary organizations such as the United Shan Army or the Kuomintang and secret organizations reaching from the CIA to Triads. For the local power holders, the major source of revenue has been Opium.

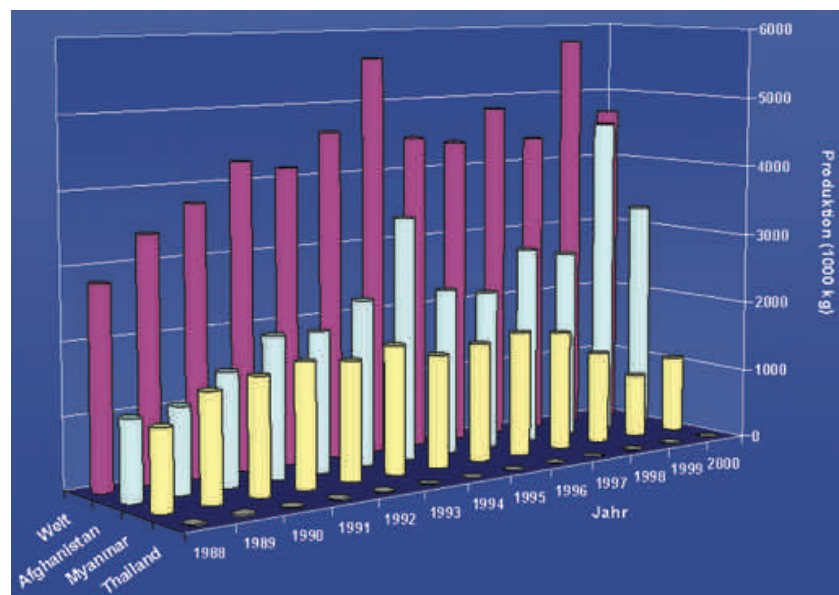
Interestingly *Papaver Somniferum* is not generic to the golden Triangle. In fact, the earliest evidences of opium (about 2000 B.C.) come from Egypt and the Alps. The spreading of poppies in the golden triangle resulted from global developments, namely the shift of opium production from India to China in the early 20. century, and the abolition of poppy production and opium consumption in China following the revolution in 1948. The rise of the “golden triangle” as a global (instead of domestic) centre for Opium and later Heroin production in the late fifties and particularly the sixties is closely linked to the rise of paramilitary groups within the region, the American war in Vietnam (McCoy 1997), and the increases of drug abuse in the USA and Europe. The Golden Triangle became a production zone to supply the world market - even if it was an illegal one - with demanded goods. Up to the early sixties the total amount of opium produced in the golden triangle was rather small. It steadily rose and slightly declined only,

when Afghanistan turned into the major opium producing region (partly supported by the CIA) during the struggle against Russia in the eighties. Recently, opium production increased again in the golden triangle, probably as a result of shortages resulting from the decline of opium production in Afghanistan in 2001.

Opium and development are brought together in the so-called crop (opium)-substitution development projects, like those that have been conducted during the last thirty years in northern Thailand by “Royal projects”, the UNDCP and f.e. the GTZ. In these projects not only different understandings of local society, meaning and generally reality are articulated, but beyond this the global realities of development as much as the global world of drugs and their trade. Such development projects can be cited as nearly paradigmatic cases where local and global overlap and coincide. They include project activities and modifications on the local scale, while their reason, funding and instruments are based on global development discourses and respective organizations. The “lessons learned” in the projects on the local scale are to be fed back into the global development

discourse, which, however, hardly happens. The objective of the crop-substitution projects is the local reduction of the production of a commodity traded in global networks.

The international crop substitution projects started in the seventies. The reasons for these projects are as much international treaties, which made the production of Opium and its derivatives illegal, as well as drug abuse especially in the USA since the late sixties. It is not the first time that Opium played a major role on the global scale. In fact, one might argue that the British colonial empire was strongly founded on the trade of Opium. (TROCKI 1999). Starting in 1912 international treaties were formulated outlawing the production of opium and its derivatives, although Heroin was banned only in 1972. These treaties in themselves were certainly insufficient as reason for prolonged development efforts. The more drug abuse became a problem in the USA and Europe, however, crop substitution projects were seen as a means to fight drug abuse. In this regard, crop-substitution development projects are a way of externalization of problem solving. Instead of or besides fighting drug trade and consumption



Opium-Produktion in 1000 kg (metric tons)



Boundary representation is not necessarily authoritative

Density of Opium Poppy Growing Areas

within the affected countries, it was assumed that if the drugs are not produced anymore, the abuse problem will automatically disappear. While consumption was a problem in the western world, the production had to be defined as a problem of the countries to which the golden triangle belongs to. In this regard, a problem of the developed countries was “externalized”, and thereby redefined as a problem of local communities in the Golden Triangle.

The basic difficulty of the development projects had been that their understanding of the local reality of opium, which was quite apart from the reality Opium had within the local communities. Within the projects opium was defined as a cash crop (because it was exchanged for silver) that could be substituted by other cash crops like vegetables, coffee, garlic, fruits or flowers. This understanding of opium was rather different from the reality of the local populations, for whom opium was certainly not the same as cabbage or garlic, but a semi-subsistence product used especially to get rice in periods of shortages. This basic problem of divergent realities between local people and the development projects is

often mentioned in the critique of development projects, and as such nothing particularly surprising. In this case, however, we do not only have different local realities, but furthermore, different global realities that impact on the local level of projects as well as communities and opium. In fact, opium is the link between different global “worlds” and diverse local realities like the global development discourses and local projects, global political issues like the cold war with local conflicts like communist insurgency, and the global drug networks with local opium producers.

Crop replacement projects in Thailand started in the 70’s when Nixon’s advisors met Thai and UN officials in Chiang Mai and discussed about the support the U.S. would give concerning a crop substitution program to stop opium and thus drug addictions at its source. Within weeks, the project was drafted. The general assumption was that opium is a cash-crop for the local people and accordingly, this crop would have to be substituted by other cash crops. Thus the main task was seen in identifying possible cash crops that might substitute opium on agricultural field research sites. Interna-

tional donor assistance came to Thailand to help solve „existing“ problems with a clear and fixed policy on illicit crop control and crop replacement strategies (RENARD 2000). This „carrot“ was combined with the „stick“ of destroying the poppy fields.

During the seventies and early eighties little progress was made, not the least due to limited funding and especially during the initial period, lag of knowledge about everyday life among the hill tribes. Based on the experiences a multi-sectoral, integrated rural development approach came up in the eighties, emphasizing a new aspect, namely to better meet the needs of the target population. The objective was to improve the family income, the overall quality of life, and induce a more sustainable management of natural resources. Unfortunately, the new approach did not generate the intended changes.

The prominence given to participatory methods in the global development discourses of the nineties affected the crop-substitution projects in the golden triangle as well, and planners and managers of the large projects together with government officials gradually adopted participatory methods. It was recognized that without active people’s participation little sustainability could be achieved. The Office of the Narcotics Control Board (ONCB) also recognized that the communities had the potential to prevent and solve drug-related problems and was authorized in 1997 to use Community-based Drug Abuse Control (CB-DAC) measures in more than 1,000 villages with drug addiction problems. The goals of this community based development concept was to ensure that project approaches and activities never lost touch with field level realities, stay integrated into national plans of actions and to assist the strengths and lessons of local practices. (Dirksen 2001). Up to now, the development projects have always been accompanied by law enforcement activities and crop destruction.

So far, the efforts to eradicate opium at its source met with mixed success. Local cultivation has diminished significantly

over the last 30 years. Currently, Thailand's poppy crop is minor and accounts for approximately 1% of the production of opiates in the Golden Triangle. However, one has to keep in mind that Thailand never was a major supplier. Nevertheless, significant amounts of Heroin from Myanmar (Burma) continue to cross into Thailand for local consumption and also for shipment to world markets. Even though Thailand today plays a negligible role as producer, it still has a vital relevance as a conduit for Heroin. Most of the production and refinement of opium is located along the borders in Myanmar and Laos, where opium yields stand at well over 2.500 tonnes per year and are rising.

To conclude one can say that Opium still has advantages for the growers in Myanmar, Laos and in the remote areas of Northern Thailand. The price of opium has increased considerably since the war in Afghanistan and international as well as domestic consumption within Southeast Asia constitutes an attractive market for several small and medium scale drug syndicates. The annual report by the United Nation's International Narcotics Control Board said that improvements in communications and transportation for expanded trade have made it easier for drug traffickers to operate. Recently, Heroin as drug of choice has been substituted by methamphetamine.

The closely related problems of ATS (Amphetamines), HIV/AIDS and Heroin injections are problems, against which most of the villagers in the Golden triangle are highly vulnerable (FEINGOLD 2000). The production, trafficking and use of Methamphetamine is reported to be rising rapidly. Most Methamphetamine usually arrives from either Myanmar or Laos and is sold locally by traffickers and brokers. Furthermore, the abuse of amphetamine-type stimulants (ATS) is increasing in the uplands region, although exact data are not available. Obviously, besides crop substitution instigated by development

projects, we can recognize drug substitution activities by which the traditional agricultural product opium, is substituted by modern chemical drugs that don't need to be grown, are less detectable and require less inputs.

In the Golden Triangle a clear distinction between local and global can hardly be made. Something is local in its concreteness, and at the same time, global in being part of wider networks. Like the two sides of a coin, global and local refer to different realities of the same thing. Opium as well as the crop substitution projects were embedded in global relations, although into quite different ones: Opium into the illegal world market, crop substitutions projects into the foreign policy of the US, the development discourse and the "war on drugs". This means that global actors try to integrate their respective interests and agendas into the local project and /or the reactions of local society to them. Thus within a local development project we find not only interfaces linking the local project with local society, but this interface includes at least in the case of the projects discussed here, the different global contexts, agendas etc which impact on the local Hill-tribes and the projects. Often these agendas turn the local people as much as the local development workers into mere objects. An alternative has been started in the final phase of the Thai-German Highland Development Project in terms of participatory oriented projects. The idea is that participation allows for the local people and the local project workers to establish their own rapport with each other and thereby reduce the pressure from other interest-groups. Thus, participation can as well be seen as a means of "empowerment" of the local project workers and experts! The question is, however, whether it is sufficient to allow for participation within a project, where priorities and rules have more or less been defined already, or if participation would have to get beyond

this, in the sense that the local people themselves are agenda setters, as it is at least potentially intended with the recent decentralization policies. This requires, though, a shift in development thinking, financing, and not the least, in development politics.

Anmerkungen

Der Artikel basiert auf Daten, die im Rahmen des Projektes "Entwicklungsprojekte, staatliche Verwaltung und lokale Gesellschaft" (Sub-Projekt F3 des SFB 564 'Nachhaltige Landnutzung und ländliche Entwicklung in Bergregionen Südasiens' der Universität Hohenheim) erhoben wurden.

Im Zusammenhang mit diesem Projekt fertigte Ruth Sharifa Djedje ihre Diplomarbeit zu Opium-Ersatzprojekten in Nordthailand an.

Bibliography

DIRKSEN, H. 1998: Assessment of Experiences with Alternative Development in the Thai Highlands: 30 Years of Evolution International Conference on "The Role of Alternative Development in Drug Control and Development Cooperation" Feldafing, Germany 17 - 22 September 2001.

FEINGOLD, DAVID A.: The Hell of Good Intentions: Some Preliminary Thoughts on Opium in the Political Ecology of the Trade in Girls and Women. In: Evans, Grant; Hutton, Christopher; Kuah Khun Eng (Eds.): Where China meets Southeast Asia. Social & Cultural Change in the Border Regions. Bangkok, Singapur 2000; (183-203).

KROLL, C., KAMPE, K. 2001: Regional Information Action Networking Community-based-Drug Abuse Control Project Progress Review, Chiang Mai.

McCoy, A. 1997: The Politics of Heroin: CIA Complicity in the Global Drug Trade; Chicago: Lawrence Hill.

RENARD, R. 2001: Opium Reduction in Thailand 1970-2000, Chiang Mai: Silkworm Books.

TROCKI, C. 1999: Opium, Empire and the Global Political Economy. Asia's Transformations Series, London, New York: Routledge.

Ruth Sharifa Djedje ist zur Zeit im Rahmen einer Fortbildung an der Universität Potsdam. Rüdiger Korff (rkorff@uni-hohenheim.de) ist als Josef G. Knoll Stiftungsprofessor an der Universität Hohenheim Leiter des Forschungsprojektes 'Entwicklungsprojekte, staatliche Verwaltung und lokale Gesellschaft', einem Teilprojekt des SFB 564.



Gehwegraum in Hanoi Altstadtgasse Nguyen Sieu

Genderspezifische Aneignung von Straßenflächen in Hanoi Straßenhandel und Personenverkehr im innerstädtischen Altstadtgebiet der 36-Straßen

Marita Schnepf-Orth

In einigen verdichteten Stadtregionen Südostasiens ist bis heute das Phänomen zu beobachten, dass öffentliche Außenräume mit vielfältigen Aktivitäten der individuellen Einkommensbeschaffung oder der Reproduktion besetzt werden. Insbesondere um die Verfügbarkeit von innerstädtischen Straßenflächen konkurrieren verschiedene Nutzungsinteressen, wie z.B. Straßenhandel und Personenverkehr. Dabei kommt es zeitweise zur Herausbildung von Räumen, die zwar öffentlich sind, jedoch als ‚home territories‘ angeeignet werden und in denen sich informelle Kriterien ihrer Zugänglichkeit herauschälen (vgl. OBERMAIER 1980: 90).

Aus der Perspektive der Stadtplanung werden die vielerorts zwar etablierten, aber nicht immer der Funktion des jeweiligen Raums entsprechenden unterschiedlichen Nutzungen in öffentlichen Stadträumen häufig ignoriert. Auch bleiben Erkenntnisse darüber, dass die Nutzung und Gestaltung von Räumen mit raumzuweisender Macht verknüpft sind und sich Differenzierungsmuster

des Geschlechterverhältnisses (s.a. BRECKNER/STURM 2002) räumlich manifestieren, im planerischen Mainstream unberücksichtigt.

Während verschiedener Forschungs- und Studienaufenthalte in Hanoi, die im Kontext von Überlegungen für eine erhaltende Altstadterneuerung unternommen wurden (vgl. u.a. SCHNEPF-ORTH 2003), fiel zunächst die hohe Präsenz von Frauen auf, die Straßenflächen mit ‚income generating activities‘ besetzen. Der erste Eindruck eines überdurchschnittlichen Frauenanteils im Straßenhandel Hanoi gab schließlich den Ausschlag, sich eingehender mit der genderspezifischen Aneignung von öffentlichen Straßenflächen in einigen südostasiatischen Städten zu beschäftigen. Verkehrszählungen sowie empirische Ermittlungen der Art, Häufigkeit und Verortung von Straßenhandelsaktivitäten in innerstädtischen Nebenstraßen standen im Zentrum zweier Mikrostudien in Vietnam und Indonesien, die Aufschluss über den Zusammenhang zwischen Geschlecht und der Aneignung

von öffentlichem Straßenraum geben sollten (PATTIRADJAWANE/SCHNEPF-ORTH 2001 und 2003).

Im Folgenden werden die Untersuchungsergebnisse für den Straßenabschnitt der ‚Pho Hang Buom‘ in Hanoi zusammengefasst dargestellt. Es handelt sich um eine typische Nebenstraße, die in dem traditionellen Handwerker- und Händlerstadtteil, auch 36-Straßen-Gebiet genannt, durch eine hohe Dichte an Geschäftsnutzungen¹, Straßenhandel und durch ein entsprechend hohes Verkehrsaufkommen charakterisiert ist.

Formen des Straßenhandels

In dem ökonomisch vitalen Altstadtgebiet in der Innenstadt Hanoi ist die Auslagerung verschiedener Geschäftsnutzungen vor die zwei- bis viergeschossige Straßenrandbebauung typisch. Öffentliche Gehwegflächen werden für Ausstellungs-, Verkaufs- und Lagernutzungen der Verkaufslokale und Restaurants des formellen Sektors in Anspruch genommen. So waren während einer Momentaufnahme² um 10:30 Uhr auf



Aufnahmen: Michael Walbei 2003

einem etwa 100 m langen Abschnitt der Straße ‚Pho Hang Buom‘ 65 Einzelhandelsgeschäfte und vier Restaurants auf beiden Straßenseiten geöffnet. Etwa die Hälfte besetzte Flächen der öffentlichen Gehwege und markierte ‚ihr‘ Territorium zusätzlich mittels fester oder temporärer Dachüberstände. Ausgelagerte Aktivitäten konzentrierten sich auf Fassadenflächen und Gehwege unmittelbar vor dem Verkaufslokal.

Ergänzend zur Außenraumnutzung der anliegenden Geschäfte werden von Bewohnern auch informelle temporäre Verkaufsstände betrieben, die immer am gleichen Ort, jedoch nur zeitweise und in der Regel in der Nähe der Hauseingänge installiert werden. Während der Momentaufnahme um 10:30 Uhr waren insgesamt 23 temporäre Verkaufsstände in Betrieb, darunter neun Garküchen und Getränkestände. Die Präsenz der Garküchen hatte um diese Uhrzeit - gegenüber dem frühen Vormittag - bereits deutlich abgenommen.

Über diese beiden Formen des Straßenhandels hinaus, sind zusätzlich temporäre Migrantinnen im Straßenraum aktiv. Sie nutzen öffentliche Flächen als ‚wandernde‘ StraßenhändlerInnen³ und WertstoffsammlerInnen. Abhängig von den angebotenen Waren differieren ihre Arbeitsbedingungen (vgl. NGUYEN

KIM HA 1999 und TUYET DUONG THI 2000). Zusammen mit den Fußgängern bewegen sie sich am Fahrbahnrand fort und weichen bei Hindernissen auf die Fahrbahnmitte aus. Der Verkauf wird in der Regel am Fahrbahnrand oder auf den Bürgersteigen abgewickelt.

Genderspezifische Verkaufsaktivitäten

Im Rahmen der Straßenhandelsaktivitäten ortsansässiger Geschäfte und temporärer Verkaufsstände hielten sich um 10.30 Uhr in dem beobachteten Straßenabschnitt insgesamt 151 Personen auf, darunter 62 Kunden, jeweils zur Hälfte männlich und weiblich. Der Frauenanteil an den 89 Verkaufspersonen im Straßenraum betrug hingegen 68% und die Angebote der temporären Garküchen wurden ausschließlich von Frauen zubereitet, bzw. verkauft.

Zählungen von ‚wandernden‘ StraßenhändlerInnen zu unterschiedlichen Tageszeiten in der ‚Pho Hang Buom‘ erfassten die Verkaufspersonen nach Geschlecht, Warensortiment und nach der Art des Warentransports. Danach waren am späten Vormittag deutlich mehr StraßenhändlerInnen unterwegs als am frühen Morgen und am Abend. Im Tagesdurchschnitt lag der Frauenanteil bei 81% und auch bei Einbruch der Dun-

kelheit noch bei 71%. Während Frauen den Verkauf fast aller Warengruppen dominierten, spezialisierten sich Männer auf den Verkauf von Zeitungen, Zigaretten und Tee. Von insgesamt 379 gezählten ‚wandernden‘ StraßenhändlerInnen trugen 40% ihre Waren mit der Tragestange über der Schulter, darunter 98% Frauen. Etwa 30% transportierten ihre Waren in Behältern in der Hand oder auf dem Kopf, weitere 30% mit dem Fahrrad. Der Männeranteil lag bei der Ausrüstung mit dem Fahrrad weitaus höher (37,6%) als bei dem Transport mit der Tragestange (2%).

Im Gegensatz zu Hanoi dominierten in den parallel untersuchten Straßenräumen javanischer Städte männliche Verkäufer, die mit Verkaufswagen ausgestattet waren.

Erklärungsansätze

Ab Mitte der 80er Jahre beginnt sich in Hanoi zunehmender Verstädterungsdruck bemerkbar zu machen, seit die sozialistische Regierung die wirtschaftliche Systemtransformation einleitete. In deren Folge blühte der städtische private Kleinhandel auf, ausländische Investitionen erfolgten in Joint-Venture Betrieben und die Zahl der MigrantInnen⁴ stieg zusammen mit den Chancen auf ein besseres Einkommen in der Stadt.



Aufnahme: Michael Waibel 2002

Straßenhändlerinnen in der Altstadtgasse Hang Buom

Höhere Einkommen führten zu einem rapiden Anwachsen des motorisierten Verkehrsaufkommens; viele Stadtbewohner leisteten sich den Umstieg vom Fahrrad auf das Motorrad.

Der hohe Frauenanteil im Straßenhandel der Altstadt lässt sich mit der Situation auf dem städtischen Arbeitsmarkt des formellen und informellen Sektors begründen. So ist der Klein- und Straßenhandel in Vietnam traditionell zwar ein ‚Frauenberuf‘ (TUYET DUONG THI 2000: 156), die wirtschaftliche Systemtransformation und die damit verbundene Schließung von Staatsbetrieben haben aber dazu geführt, dass vor allem Frauen im Bereich des Straßenhandels Erwerbsalternativen suchen. Dabei hat eine Verdrängung mehrheitlich weiblicher Arbeitskräfte aus dem formellen Bereich der Produktion stattgefunden, in die Frauen in Vietnam, entsprechend der sozialistischen Staatsideologie und in Zeiten der Kriegswirtschaft, nahezu gleichberechtigt eingebunden waren⁵. Neu rekrutierte Beschäftigte sind seit Anfang der 90er Jahre überwiegend junge Männer (TRAN THI VAN ANH/LE NGOC HUNG 2000: 119). In den letzten Jahren wurde eine wachsende Zahl von weniger qualifizierten Arbeitskräften von Familienbetrieben, als Teil des neu entstandenen privaten Wirtschaftssektors, sowie dem explosiv wachsenden informellen Sektors absorbiert. Das Sozialprestige des Straßenhandels vor dem eigenen

Haus stellt dabei kein großes Hindernis für Einwohner der Altstadt von Hanoi dar, zumal temporäre Verkaufsstände in Hanoi von vielen ortsansässigen Familien, unabhängig von ihrem sozialem Status oder der beruflichen Qualifikation, insbesondere auch von Pensionären betrieben werden, deren Renten zum Überleben nicht ausreichen (WAIBEL 2002: 202).

Neben Einkommensmöglichkeiten für Stadtbewohnerinnen, die in der Konkurrenz mit männlichen Arbeitskräften auf dem städtischen Arbeitsmarkt unterliegen, sind im informellen Straßenhandel weiterhin eine große Anzahl von Tagespendlerinnen und Kurzzeitmigrantinnen des ländlichen Hinterlandes bzw. der Nachbarprovinzen Hanois aktiv. Als ‚wandernde‘ Straßenhändlerinnen bieten sie der Stadtbevölkerung ein breites Warenspektrum vor der Haustür. Die zu beobachtende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung der Migrantinnen, in dessen Segmenten sich Frauen auf den mobilen Straßenhandel sowie weiterhin auf Tätigkeiten wie Haushaltshilfen und ‚Entertainerinnen‘ spezialisieren, weist gleichzeitig auf den weltweiten Trend einer Zunahme temporärer oder zirkulärer Migration in die Städte sowie auf das schnelle Wachstum der ‚unabhängigen‘ Frauenmigration hin (vgl. HAN 2003).

Restriktionen

Die Aneignung von Straßenflächen für

Handelsaktivitäten in Hanoi ist illegal. Entsprechend einer Verordnung aus dem Jahr 1995 kann die Benutzung des Bürgersteigs für private Handelszwecke mit einer Strafe belegt werden (NGUYEN KIM HA 1999: 55). Die Verordnung zielt primär darauf ab, die Sicherheit des Straßenverkehrs zu gewährleisten. Sporadische Razzien, die mit der Beschlagnahme von Waren oder Ausrüstung einhergehen, sorgen für das Freihalten einer Mindestfahrbahnbreite für das Verkehrsaufkommen. Diese Maßnahmen bewirken jedoch keine nachhaltige Verdrängung des Straßenhandels. Entsprechend einer Untersuchung in einem Stadtviertel am Stadtrand von Hanoi kann sogar täglich eine ‚selling permit‘ auf Stadtviertel-Ebene erworben werden (FALK/JANS 2000: 53).

Genderspezifische Verkehrsmittelwahl

Im Unterschied zu Straßenhandelsnutzungen zeigt eine nach Geschlechtern differenzierte eigene Zählung des Personenverkehrs⁶ in der ‚Pho Hang Buom‘, dass Frauen als Verkehrsteilnehmerinnen im Straßenraum weniger in Erscheinung treten als Männer. In Hanoi beträgt der Frauenanteil 40%. Die Tatsache, dass sich Frauen als Nutzerinnen des Personenverkehrs den Straßenraum weniger aneignen als Männer, lässt jedoch noch keine gesicherten Rückschlüsse auf den unterschiedlichen Mobilitätsbedarf von Frauen und Männern zu, etwa darüber, wer zu welcher Tageszeit welche Ziele aufsuchen muss.

Die Erhebungsergebnisse der Verkehrsmittelnutzung des Personenverkehrs verdeutlichen die Vorliebe für das Motorrad. So bewegen sich 69% der erwachsenen Verkehrsteilnehmer im Tagesdurchschnitt mit dem Motorrad fort, gefolgt von 17%, die zu Fuß gehen und 10% Fahrradfahrer/innen. PKWs, Minibusse und der öffentliche Personennahverkehrs spielen bei der Personenbeförderung innerhalb der Altstadt fast gar keine Rolle.

Während Frauen und Männer nahezu gleich häufig als Fußgänger/innen und Fahrradfahrer/innen unterwegs sind,

unterscheidet sich die Beförderung mit dem Motorrad geschlechtspezifisch dahingehend, dass Frauen ein Motorrad nur zu 23% selbst steuern, als Mitfahrerinnen hingegen dominieren (71%). Somit verfügen Männer als Fahrer wesentlich häufiger über ein motorisiertes Verkehrsmittel als Frauen; ein Phänomen, das weltweit festzustellen ist⁷.

Notwendigkeit eines behutsamen Flächenmanagements

StraßenhändlerInnen arrangieren sich derzeit in Hanoi mit konkurrierenden Nutzungen des Straßenraums, neben dem Liefer- und Personenverkehr auf den Fahrbahnen insbesondere mit dem zunehmenden Parkraumbedarf der Motorräder auf den Gehwegflächen.

Die Okkupation der Bürgersteige zwingt dabei Fußgänger, auf den Fahrbahnrand oder die Fahrbahnmitte auszuweichen, wodurch die Fahrbahnflächen der Nebenstraßen zu Mischverkehrsflächen umfunktioniert werden. Die Fortbewegung erfordert dabei ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und gegenseitiger Rücksichtnahme. Dieses informell eingespielte System der Flächenaneignung und Überlagerung von Nutzungen in ohnehin engen Straßenräumen ist jedoch störanfällig im Hinblick auf eine weitere Zunahme des motorisierten Verkehrs sowie Veränderungen in der Verkehrsmittelwahl. Verkaufstätigkeiten drohen aus dem öffentlichen Straßenraum langfristig verdrängt zu werden.

Während viele Handlungsprogramme und Entwürfe indonesischer Stadtplaner die Nutzungsinteressen des dort weitgehend männlich dominierten informellen Straßenhandels in ihren Überlegungen berücksichtigen⁸, wird dieser Form der Flächennutzung in der Altstadt Hanois bisher wenig Beachtung geschenkt. Straßenhandel wird zwar weitgehend geduldet, Plandokumente und Maßnahmenkataloge verzichten jedoch auf die Thematisierung der derzeitigen Bedeutung der Flächenressource ‚Straßenraum‘ für die Erwerbstätigkeit vieler Stadtbe-

wohnerInnen und ArbeitsmigrantInnen. Die Aktivitäten des Straßenhandels entsprechen dabei offensichtlich nicht den planerischen Leitbildern moderner städtischer Verkehrsräume.

Anmerkungen:

¹ Vgl. hierzu auch die *Geschäftsstraßenanalyse und die Ausführungen über Individual- und Familiengeschäfte* in WAIBEL 2002.

² In Hanoi und Jakarta wurden auf beiden Seiten eines ca. 100 m langen Straßenabschnitts die Aktivitäten auf den Gehwegen und am Fahrbahnrand um 7.00 Uhr morgens und um 10.30 Uhr fotografisch festgehalten und anschließend ausgewertet.

³ Als ‚wandernde‘ StraßenhändlerInnen werden hier mobile VerkäuferInnen bezeichnet, die keine temporären Stände aufbauen, sondern durch die Straßen gehen und nur für die Dauer der Verkaufstätigkeit stehenbleiben.

⁴ Es wird geschätzt, dass 40% des jährlichen Bevölkerungszuwachses in Hanoi auf Migration zurückzuführen sind (UNDP 1998).

⁵ In der Zeit von 1960 bis 1975 war die Zahl der weiblichen Beschäftigten in Staatsbetrieben von 15% auf 42% gestiegen. In dieser Zeit gab es im Norden Vietnams faktisch keinen privaten Wirtschaftssektor (TRAN THI VAN ANH/LE NGOC HUNG 2000: 119).

⁶ Die Verkehrszählungen des Personentransports in dem ausgewählten Straßenabschnitt wurden an einem Werktag, von jeweils einem Zählstandort, in jeweils drei Zählintervallen à 60 Minuten (am frühen Morgen, späten Vormittag und frühen Abend) vorgenommen.

⁷ In einer Untersuchung in Deutschland gaben 70,7% der Männer, aber nur 35% der Frauen an, ständig über einen PKW verfügen zu können (BUNDESVERKEHRSMINISTERIUM 1997).

⁸ Eines der bekanntesten Beispiele ist das ‚Citra Niaga Urban Renewal Project‘ in Samarinda/Kalimantan, das Standplätze für ‚street hawkers‘ im neugestalteten Zentrum bereitstellt; www.serd.ait.ac.th/umc/bestprac/citrانيا.htm, Zugriff: 03.11.03.

Literaturverzeichnis

BUNDESVERKEHRSMINISTERIUM (1997): *Verkehr in Zahlen*. Bonn.

BRECKNER I./STURM, G. (2002): *Kleiderwechsel – Sackgassen und Perspektiven in patriarchalen Öffentlichkeiten*. In: LÖW, M (Hg.): *Differenzierungen des Städtischen*, Opladen, S. 157-186.

FALK, L./JANS, V. (2000): *Economic activities in Hanoi. A comparative study into the economic activities at street-level in two neighbourhoods in Hanoi*, Paper of Department of Human Geography, University of Amsterdam.



Aufnahme: Marita Schnepf-Orth 2000

Leitbild: Straßenraum als Verkehrsraum

HAN, P. (2003): *Frauen und Migration. Strukturelle Bedingungen, Fakten und soziale Folgen der Frauenmigration*. Stuttgart

NGUYEN KIM HA (1999): *Rural women's migration to Hanoi/Vietnam*, Thesis (Master of Science), Asian Institute of Technology, Bangkok.

OBERMAIER, D. (1980): *Möglichkeiten und Restriktionen der Aneignung städtischer Räume*, Dortmund.

PATTIRADJAWANE, H./SCHNEPF-ORTH, M. (2001): *Genderspezifische Raumanneignung öffentlicher Straßenflächen in innerstädtischen Stadterneuerungsgebieten Südostasiens*. TU Darmstadt, Fachgebiet Planen und Bauen in außereuropäischen Regionen.

PATTIRADJAWANE, H./SCHNEPF-ORTH, M. (2003): *Gendertypische Nutzung öffentlicher Stadträume in Indonesien. Eine Annäherung an Einflüsse des Islams auf die Aneignung von Straßenflächen durch Frauen*. TU Darmstadt, Institut für Geschichte.

SCHNEPF-ORTH, M. (2003): *Hanoi*. In: BÖHME, H./KÖRTE, A. /TOYKA-SEID, M. (Hg.): *Wohnen – Bauen - Planen. Erneuerung historischer Kernstädte in Südostasien und Europa im historisch architektonischen Vergleich*, Darmstadt, S. 161-196.

TRAN THI VAN ANH/LE NGOC HUNG (2000): *Women and Doi Moi in Vietnam*, Woman Publishing House, Hanoi.

TUYET DUONG THI (2000): *Informeller Sektor: Eine Studie über die arbeitenden Migrantinnen im informellen Sektor in Hanoi*. Dissertation, Universität Bielefeld, Bielefeld.

WAIBEL, M. (2002): *Stadtentwicklung von Hanoi. Unter besonderer Berücksichtigung der Auswirkungen der Doi Moi Reformen auf den Handel im innerstädtischen 36-Gassen-Gebiet*. Frankfurt am Main.

UNDP (Hg.) (1998): *The dynamics of internal migration in Vietnam*. Hanoi.

Dipl.-Ing. Marita Schnepf-Orth (Schnepf-Orth@t-online.de) ist freiberufliche Stadtplanerin und arbeitet in Forschungsprojekten über Stadtentwicklung und 'urban gender issues' in Vietnam und Indonesien.



Aufnahme: Wouter Andamse 2003

Boys in Lilisiana village (Auki, Malaita)

Die Salomonen Ein Beispiel für die neue australische Pazifik-Politik

Marion Struck-Garbe

Vorbemerkung

Um den 24. Juli 2003 waren die Salomonen einen Augenblick lang für die internationalen Medien von Interesse. Eine von Australien geführte internationale Eingreiftruppe von etwa 2.000 Mann war auf den von Chaos und Gewalt erschütterten pazifischen Inseln mit dem Auftrag gelandet, das Land zu befrieden. Mit beteiligt waren Einheiten aus Fidschi, Vanuatu, Tonga, Papua Neuguinea und Neuseeland. Der Einsatz gilt als die größte Militäroperation im Südpazifik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Intervention kennzeichnet einen Paradigmen-Wandel im Umgang mit Konflikten innerhalb der australischen Pazifik-Politik.

Die Salomoneninseln, mit einer Bevölkerung von etwa einer halben Million Menschen und seit 30 Jahren

unabhängig, sind seit Jahren Schauplatz von schweren innerstaatlichen Konflikten zwischen verschiedenen bewaffneten Milizen mit bislang insgesamt circa 200 Toten.¹

Das Parlament der Salomonen hatte um den Einsatz der ausländischen Truppen gebeten, nachdem lokale bewaffnete Gruppen den größten Teil der Hauptinsel Guadalcanal unter ihre Herrschaft gebracht hatten. Trotz eines im Jahr 2000 geschlossenen Friedensabkommens waren Erpressungen, Überfälle und Erschießungen bis dahin an der Tagesordnung geblieben.

Über die Hintergründe des Verlaufes der Intervention und die Chancen, das angestrebte Befriedungsziel zu erreichen, war und ist seitdem hierzulande nicht viel zu hören und zu lesen gewesen. Hier soll ansatzweise der Versuch gemacht werden, das nachzutragen.

Die Entwicklung des innerstaatlichen Konflikts

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen Spannungen zwischen den Bewohnern von Guadalcanal und Malaita, zwei Nachbarinseln. Schon im frühen 20. Jahrhundert brachten die Briten, damals Kolonialmacht, Malaitaner als Plantagenarbeiter nach Guadalcanal. Diese wurden zugleich als politische Elite aufgebaut, um das Land nach der Unabhängigkeit zu regieren. Malaitaner stellen in Honiara - der Hauptstadt des Landes - die Mehrheit der Geschäftsleute, Polizisten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Honiara ist bis heute Anziehungspunkt für die ländliche Bevölkerung geblieben. Von Malaita sind inzwischen mehr als 60.000 Menschen zugewandert.

Der enorme Zustrom von den anderen

Inseln und das hohe Bevölkerungswachstum führten insbesondere auf Guadalcanal zu Landkonflikten. Da Land nicht nur ökonomische (etwa für die Subsistenzwirtschaft), sondern auch soziale, kulturelle und spirituelle Bedeutung hat, sind gerade Konflikte um Land äußerst brisant und eskalationsträchtig. Durch das der Regierung 1997 von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfond auferlegte Strukturanpassungsprogramm, das im Wesentlichen aus Sparmaßnahmen bestand, sah sich Regierungschef BARTHOLOMEW ULUFA'ALU gezwungen, im öffentlichen Dienst Stellen abzubauen und Gehaltszahlungen einzufrieren. Die Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze verschärfte sich drastisch und die Entlassenen waren gezwungen, in die Subsistenzwirtschaft zurückzukehren, was wiederum die Landprobleme zuspitzte. Hinzu kam, dass aufgrund der Finanzkrise in Asien, die Holzwirtschaft zum Erliegen kam, was weitere Entlassungen nach sich zog.

Die einheimische Bevölkerung Guadalcanals fühlte sich besonders hart getroffen, weil sich die Malaitaner aufgrund ihrer Geschäftsbeziehungen und ihrer privilegierten Positionen in Staat und Verwaltung vergleichsweise gut zu schützen wußten. Angebliche oder tatsächliche Gewalttaten von Malaitanern gegen die Bevölkerung Guadalcanals verstärkten die Ressentiments. Aufgebracht durch die zunehmende Landknappheit und getragen durch Neid- und Ohnmachtsgefühle überfielen Guadalcanaler schließlich - anfangs vor allem in der Nähe von Honiara - Malaitaner. Die zum Schutz der Malaitaner eingesetzte Polizei, die ja wiederum überwiegend aus Malaitanern bestand, reagierte äußerst hart und trug damit zur Eskalation noch bei.²

Die Ausweitung zum Bürgerkrieg

Die Unruhen eskalierten in einem bewaffneten Konflikt, als 1998 das *Isatubu Freedom Movement* (IFM) damit begann, Malaitaner von der In-

sel Guadalcanal zu vertreiben. 20.000 Menschen verließen ihre Wohnorte, um sich auf anderen Inseln niederzulassen oder rund um Honiara anzusiedeln, das zunehmend eine ethnische Enklave von Malaitanern wurde. HAROLD KEKE, einer der Anführer des IFM, tötete und verletzte Dutzende Zivilisten während der Vertreibungen - alles angeblich im Interesse der einheimischen Bevölkerung, die er in der *Isatubu Freiheitsbewegung* repräsentiert sah. Die Malaitaner rund um Honiara reagierten mit der Gründung der *Malaitan Eagle Force* (MEF). Die sich bekriegenden Banden nutzen die ethnischen Unterschiede, um die jeweils anderen zum Sündenbock zu machen und Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen. Im Jahre 2000 hatten die Auseinandersetzungen ihren ersten Höhepunkt erreicht, als die MEF zusammen mit Teilen der Polizei durch einen Putsch die Regierung ULUFA'ALU's zu Fall brachte.

2000 und 2001 wurden Friedensvereinbarungen von den rivalisierenden militärischen Gruppen unterzeichnet. Dennoch dauerten die Kämpfe an und es gelang nicht, das staatliche Gewaltmonopol zu re-etablieren.

Aus dem IFM spaltete sich unter Führung von HAROLD KEKE die *Guadalcanal Liberation Force* (GLF) ab, welche sich die Unabhängigkeit Guadalcanals von den Salomonen auf die Fahnen geschrieben hatte, doch in Wirklichkeit rasch zu einer dramatischen Bedrohung für just die Bevölkerung wurde, die sie in die Unabhängigkeit zu führen beanspruchte. Brandschatzend, vergewaltigend, tötend, plündernd und entführend degenerierten die GLF zu nichts anderem als zu einer Bande von kriminellen Übeltätern. Zumeist handelte es sich um Analphabeten, die - um sich persönlich zu bereichern - gegen den Staat und gegen Einzelpersonen gleichermaßen vorgingen und sich mit Mitteln der Einschüchterung bemühten, den Status Quo - also ihre Vormachtstellung in ihrem Einflußgebiet Weathercost-Region - aufrecht zu erhalten.

Um die MEF stand es alsbald kaum anders: Obwohl sie sich offiziell auflöste, ist sie damals in Wirklichkeit bloß in kleinere Banden zerfallen, die Honiara in Kollaboration mit der Polizei fortan verunsicherten. Der Bürgerkrieg zerbrach also zunehmend in Konflikte zwischen mehreren bewaffneten Gruppen. Alle Gruppierungen waren und blieben bis zum Tag der Intervention schwer bewaffnet.³

Die Salomonen - „failing state“?

Die Salomonen gehören laut UN zu den „am wenigsten entwickelten Staaten“. Durch die nicht enden wollenden Konflikte und Unruhen, durch Bankrott des Staates und grassierende Korruption sind die staatlichen Funktionen weitestgehend zusammengebrochen. Die Ausbeutung der Waldressourcen kommt vor allem einer kleinen Elite zugute, während die Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere junge Menschen, ohne Arbeit und Aussicht auf Beschäftigung ist.⁴ Die ungleiche Verteilung der Gewinne aus den natürlichen Ressourcen wird als ungerecht wahrgenommen und macht es leicht, insbesondere die junge Generation für gewaltsame bzw. kriminelle Konflikte zu mobilisieren.⁵

Der derzeitige Regierungschef Sir ALLAN KEMAKEZA gehört ebenfalls zu den Übeltätern: KEMAKEZA gilt als korrupt,



Benjamin D. and his grandson

Aufnahme: Wouter Adamse 2003

erpressbar und als ein Betrüger. Seine Regierung setzt sich überwiegend aus Personen zusammen, die am MEF-Putsch im Jahre 2000 beteiligt waren. KEMAKEZA hat seinen früheren Waffenbrüdern Entschädigungszahlungen für Zerstörungen während des Bürgerkriegs in so erheblichem Umfang zugestanden, das alles Geld für Bildung, Gesundheitswesen und die Bezahlung von Gehältern im öffentlichen Dienst inzwischen längst aufgebraucht ist. Was noch blieb, wurde von seinen Beratern veruntreut. Um seine Interessen durchsetzen zu können, hat KEMAKEZA sich erneut mit ehemaligen MEF-Kombatanten verbündet. Die im *Townsville Peace Agreement* (TPA) geforderte Entwaffnung wurde von KEMAKEZA unterlaufen, der die früheren MEF-Leute anwies, ihre Waffen nicht abzugeben.

Die Polizei ist paramilitärisch organisiert und gilt als korrupt. Sie wird des Rechtsmißbrauchs verdächtigt. Über ein Viertel der etwa 2.000 Hilfspolizisten standen unrechtmäßig auf der Gehaltsliste; viele von ihnen sind ehemalige Milizionäre, die überwiegend aus der MEF stammen und die an strafbaren Handlungen beteiligt waren: „...security forces are often more part of the problem than the solution.“⁶ Die mißlungene Entwaffnung der konkurrierenden Kombatanten führte dazu, dass diese die Bevölkerung (auch ihrer eigenen Gebiete) weiterhin terrorisierten. Es brach sich Gewalt von unten Bahn, während gleichzeitig Staatsdiener als „Special Constables“ das legitime Gewaltmonopol verletzten: „alles ist gleichzeitig Ursache und Folge“ und damit Ausruck des Staatsverfalls.⁷

Wirtschaft und staatliche Dienstleistungen kamen völlig zum Erliegen. Eine Lösung des fundamentalen Problemkomplexes innerstaatliche Migration und Landkonflikte wurde nicht einmal ernsthaft thematisiert. Die Reorganisation des Staatsaufbaus - größere Autonomie für die einzelnen Landesteile -, wie im TPA-Abkommen gefordert, blieb lediglich eine papie-

rene Forderung. Die Unfähigkeit des Staates, die Grunddienste (Schulen, Gesundheit, etc.) zur Verfügung zu stellen und eine weitgehende Privatisierung von Gewalt machten die Salomonen zu einem „failing state“, zu einem zerbrechenden Staat.⁸

Zeitpunkt der austral. Intervention

Als die Regierung der Salomonen vor zwei Jahren um Hilfe bat, hat Australien diese Bitte mit dem Hinweis auf die Souveränität des Landes abgelehnt. Die Intervention „Operation Helpem Fren“ im Juli 2003 kommt für die Bevölkerung der Salomonen eigentlich um Jahre zu spät. Australien hat durch seine Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung, durch das Einfrieren von Entwicklungshilfefzahlungen und durch mangelnde politische Unterstützung den Prozess des staatlichen Scheiterns auf den Salomoneninseln nicht bloß zugelassen, sondern in den letzten Jahren auch noch vorangetrieben.

Im Frühsommer 2003 kam es jedoch zu einer Wende in der australischen Pazifik-Politik. Plötzlich sorgte sich Australiens Premierminister HOWARD darum, dass internationale Terroristen das Chaos und die Unruhe auf den Salomonen ausnutzen und sich auf den Inseln festsetzen könnten⁹, und eine Intervention schien fortan möglich. GEORGE BUSH'S weltweiter Krieg gegen den Terrorismus stellte alles bereit, was es brauchte für HOWARD'S Rhetorik, um die Intervention vor australischen Wählern und in der Welt zu rechtfertigen, und außerdem: „Australia recently adopted a more vigorous strategy to keep its backyard in order, perhaps encouraged by the success of its support to the US-led war in Iraq.“¹⁰ Aus einer Bande von Kriminellen wurde nun postwendend das Gespenst einer größeren, weiterreichenden Bedrohung für „unsere Region“ – gemeint ist Australien einschließlich der Inselstaaten des Südpazifiks¹¹ – und die Intervention wurde eine präventive Aktion, eine Schutzmaßnahme für den Hinterhof

Australiens.

Hinzu kommt, dass sich Australien nach den Bombenattentaten auf Bali sofort akut bedroht wähnte und insbesondere die melanesischen Inseln des Südpazifiks somit strategisch an Bedeutung für Australiens Sicherheit gewannen.

Nach Aussagen von MATTHEW WALE (vom *Solomon Islands Civil Society Network*) könnte die Wahl des Zeitpunkts der australisch geführten Intervention auch mit den bereits fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen Indonesien und den Salomonen über eine Intervention zusammenhängen.¹² Eine mögliche indonesische Intervention hätte einen eklatanten Kontrollverlust in Australiens Hinterhof bedeutet.

Und auf den Salomonen sah Regierungschef ALLAN KAMAKEZA eine militärische Intervention Australiens zunehmend als seine einzige Chance, an der Macht zu bleiben, während die Opposition dies als Chance sah, KAMAKEZA loszuwerden.

Intervention u. ihre Legitimation

JOHN HOWARD begründet die Intervention wie folgt: „Wenn wir nichts tun und die Salomonen tiefer in die Anarchie hineinschlittern, wird das Land zur Anlaufstelle für Schurken und Bösewichte - seien sie nun in Terrorismus, Drogenhandel, Geldwäsche oder etwas anderes involviert. Dann werden wir zu Recht verdammt, nicht nur von den Australiern, sondern auch von den anderen Ländern der Erde. Dies ist unser Revier und wir haben eine besondere Verantwortung hier“ HOWARD geht sogar soweit, anzunehmen, die Salomonen könnten ein Nest für den internationalen Terrorismus werden.¹³ Da Australien den Südpazifik als seinen Hinterhof ansieht, gilt es einen Ruf zu verlieren, wenn ausgerechnet dort ein „failing state“ angesiedelt wäre, wie ein Zitat des *Australian Strategic Policy Institutes* (ASPI) zeigt: „Australia's standing in the wider world – including with the United States – is therefore at

stake.“¹⁴

Australiens Außenminister ALEXANDER DOWNER hingegen spricht auch wirtschaftliche Beweggründe für die Intervention offen an: „Der Zusammenbruch der Salomonen entzieht Australien Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten, die, obgleich nicht riesig, so doch potentiell von Bedeutung sind.“¹⁵ Neben Gold gibt es reiche Vorkommen an Blei, Nickel, Zink, Bauxit und Phosphaten; Holz und Fisch sind attraktiv für große Konzerne. Die Palmöl-Produktion ist fast ganz in britisch-australischer Hand. Die Salomonen sollen also erneut sicherer gemacht werden für australische und andere Investoren, damit diese weiterhin die Ressourcen der Inseln nutzen können. Der Verdacht liegt nahe, dass die Rettung der Salomoninseln lediglich ein Vorwand ist, um die bislang indirekte Einflußnahme auf die Regierung in eine direkte zu verwandeln, indem Australien sich de facto stärkere Kontrolle über Wirtschaft, Finanzen und Sicherheitskräfte der Inseln sichert.

Der Druck auf weitere Privatisierung des öffentlichen Sektors und das Programm der Stimulierung von privaten Unternehmen zeigt an, dass praktisch da weitergemacht wird, wo der Konflikt angefangen hat: Bei einer ungleichen Abhängigkeitsbeziehung die Eliten fördert und die Bedürfnisse der in Armut Lebenden hinten anstellt.

Laut *Aid Watch* funktioniert australische Entwicklungshilfe wie ein Boomerang. Circa 70 % der Hilfe sind an Aufträge an australische Firmen gebunden, so dass dieses Geld nach Australien zurückfließt. Dadurch wird aus Hilfe eine elaborierte Form von kooperierender Wohlfahrt. Ein Bericht des ASPI betont dies ganz deutlich, wenn es dort heißt: „... our policy towards Solomon Islands must be designed with the aim of serving our national interest.“¹⁶

Einerseits ist die Intervention - jetzt umgewandelt in eine *Regional Assistance Mission to the Solomon Islands* (RAMSI) - bislang ein Erfolg: Etwa



Aufnahme: Wouter Adamse 2003

Lilisiana village

3.700 Waffen wurden eingesammelt.¹⁷ HAROLD KEKE und andere Milizenführer sind verhaftet und die Bottle Shops (Alkohol-Verkaufsläden) sind geschlossen. Die Intervention wurde mehrheitlich von der Bevölkerung auf den Salomonen unterstützt¹⁸ und schon bald - so heißt es - sollen die Truppen um 1.400 Mann reduziert werden. Andererseits verbünden sich die Interventionskräfte mit denjenigen, die sie eigentlich bekämpfen sollten: Mit korrupten lokalen Staatsmännern und Polizisten, die mitverantwortlich sind, dass die Salomonen überhaupt erst zu einem „failing state“ wurden. Sobald Kombattanten ihre Waffen abgeben, gewährt die Besatzungsmacht Amnestie (die inzwischen Vierte) für illegalen Waffenbesitz - was für den nötigen Friedens- und Versöhnungsprozess nicht unproblematisch ist, da sie die Opfer ausläßt und an den

traditionellen Friedens- und Versöhnungsinstitutionen vorbei agiert. Um dem entgegenzuwirken, hat sich eine Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Truth- and Reconciliation Commission*) gegründet, die vor allem in den Dörfern tätig sein will. Ob und wann diese Kommission ihre Arbeit aufnehmen kann und wird, entscheidet das Parlament - angeblich bereits in seiner kommenden Sitzung noch während des Novembers.¹⁹ Offen bleibt jedoch auch die Reintegration von Ex-Kombattanten in das zivile Leben und alles, was über die Restaurierung der Polizeigewalt hinausgeht. Ob durch diese wenigen Maßnahmen ein länger anhaltender sozialer Friede und eine nachhaltige Demokratisierung erreicht werden können, bleibt bei den gegebenen Verhältnissen fraglich.

„Neue“ australische Pazifik-Politik

Es scheint so zu sein, dass sich am Kern der australischen Entwicklungspolitik, die dem auf lokale Eliten setzenden Brückenkopf-Modell folgt und dem Markt verpflichtet ist, nicht viel geändert hat. Sie tut wenig, um z.B. das Alltagsleben der Inselbewohner zu verbessern und lässt die komplizierten reziproken Verpflichtungen aus vorhandenen Clan-Strukturen außer acht. Landfragen, die fundamental sind für viele Konflikte bleiben ungeklärt. Neu an der Politik Australiens ist hingegen das aktive Eingreifen in die Belange der pazifischen Inselstaaten im Namen des Kampfes gegen den Terror, ein Balance-Akt zwischen Hilfe und Neo-Kolonialismus.

Neu ist auch der Vorschlag, eine Pazifische Gemeinschaft - ähnlich der EU - zu gründen: Mit gemeinsamer Währung, gemeinsamem Arbeitsmarkt, gemeinsamem Abbau von Bodenschätzen, gemeinsamen Flug- und Schifffahrtslinien sowie gemeinsamen Sicherheitskooperationen. Kein schlechter Gedanke. Der Haken: Die gemeinsame Währung ist die australische, der Arbeitsmarkt hat seine Basis in Australien und Australien wird zum langfristigen Wächter für die Pazifische Region. Das sieht nun doch stark nach einer „Australisierung“ der Inselwelt aus.

Um seine Ideen noch besser durchsetzen zu können, hat Australien seinen Kandidaten GREG URWIN bereits in die Schlüsselstelle des Generalsekretärs im *Pacific Island Forum* gehievt, gegen den Wunsch vieler Inselstaaten, da die Stelle eigentlich traditionell von einem Pacific Islander ausgefüllt wird. Der Einfluss Australiens auf das Forum scheint aber auch ohne diese Position schon erheblich gewesen zu

sein und sich nun auch deutlich nach außen zu manifestieren.²⁰

Die Inseln des Südpazifiks sind bis heute noch nicht einmal vollständig entkolonisiert. Frankreich ist immer noch Kolonialmacht im Südpazifik: Da droht den Pazifikinseln schon eine neue Art von Fremdherrschaft: Eine (dem internationalen Terrorismus) vorbeugende Re-Kolonisierung.²¹ Es kann nicht wundern: Nicht alle von den 16 Forum-Staaten begrüßen diese Entwicklung, sie fürchten eine Einschränkung und einen Verlust an Souveränität.

Ob „aktives Eingreifen“ für eine effektivere Entwicklung, für die Stärkung von „Good Governance“ und gegen Korruption auf den Inselstaaten erfolgreich sein kann, muss sich noch zeigen. Ob dies die einzigen bzw. eigentlichen Ziele dieses Vorgehens sind auch. Sicherlich ist es notwendig, mehr Demokratie und weniger Korruption auf den Inseln sicherzustellen, ob jedoch ein Ausbau an Patronisierung der richtige Weg dazu sein kann, muss dahingestellt bleiben.

Die Intervention auf den Salomonen erscheint, so gesehen, bloß als Anfang eines erweiterten und aggressiveren politischen Paradigmas Australiens – aber: „As a general rule, oppressors can't be liberators, and while the sketchy reports from the Solomons suggest that „Helpem Fren“ has met with local acceptance so far, the historical record on imperialist help and friendship, in the Pacific and everywhere else, is hardly encouraging.“²² Um den Salomonen zu einem freiheitlichen demokratischen Staat zu verhelfen, braucht es mehr als eine militärische Lösung.

Anmerkungen:

¹ *Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, Analysis and Conclusions from the Seminar on Security and Conflict Prevention in the Pacific Region held in Brussels on 30 June 2003, Pacific Issues Paper No.7, S. 8.*

² BÖGE, VOLKER: *Salomonen, Kriegsbeendigung durch Friedensabkommen und Übergang in bewaffneten Konflikt, Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Hamburg, 16.07.2003*

³ BÖGE, VOLKER: *Salomonen, Bewaffneter Konflikt, Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung, Hamburg, 10.04.03*

⁴ Hughes, Helen: *Aid has failed the Pacific, Issue Analysis No 33, The Centre for Independent Studies, Sydney, March 2003, S. 9*

⁵ *Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, a.a.O., S. 3.*

⁶ BÖGE, VOLKER: *Causes of Insecurity and Conflicts in the South Pacific Region, in: Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, a.a.O., S. 24.*

⁷ EPPLER, ERHARD: *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt, Frankfurt 2002, S. 49.*

⁸ *Our Failing Neighbour, Australia and the Future of the Solomon Islands, An ASP I Policy Report, Australian Strategic Policy Institute (ASPI) Barton, June 2003, S. 13-14.*

⁹ Prime Minister JOHN HOWARD: *It could then become a haven for drug running, for money laundering, terrorism. Radio: abc.net.au/news/ 26. Juni 2003.*

¹⁰ *Insecurity and Conflicts in the Pacific Region, a.a.O., S. 5.*

¹¹ *Our Failing Neighbour, a.a.O., S. 30.*

¹² MATTHEW WALE ist u.a. Head des Solomon Islands Christian Association Peace Office.

Vortrag anlässlich: *The Fourteenth Europe Pacific Solidarity Seminar, 31.10. - 2.11.2003 in Goersdorf, France*

¹³ Radio: *abc.net.au/news/ 26. Juni 2003.*

¹⁴ *Our Failing Neighbour, a.a. O, S. 15.*

¹⁵ Radio: *abc.net.au/news/ 27. Juni 2003 und Our Failing Neighbour, a.a.O., S. 14.*

¹⁶ *Our Failing Neighbour, a.a.O, S. 12.*

¹⁷ *Pacific Islands. cc, Solomon Is: Australia Considers Scaling Down RAMSI , 25. Okt. 2003.*

¹⁸ *Laut einer Erhebung des Solomon Islands Development Trusts waren es 93,7%; in: J.ROUGHAN, Great Expectations? No, Miracles!, Honiara, 24.08.2003.*

¹⁹ MATTHEW WALE, siehe Fußnote 12.

²⁰ „There is chronic symptom with the Forum that Australia pushes and pushes until there is ‚consensus‘ and it gets what it wants.“ Simpson, Stan: *Who Controls the Pacific Forum? in: Fiji Times, Suva, 20.8.2003.*

²¹ *Vom Pacific Concerns Resource Centre (PCRC) als „full-fledged re-colonisation process“ beschrieben,; in: Media Release des PCRC, 19.8.2003, www.pcrc.org.fj/.*

²² LEUPP, GARY: *Department of History, Tufts University, Coordinator of Asian Studies.*

Marion Struck-Garbe [Marion.Struck-Garbe@greenpeace.de] ist Diplomsozialwirtin und Ethnologin, seit über 10 Jahren Lehrbeauftragte an der Abt. für Indonesische und Südseesprachen und –kulturen der Universität Hamburg sowie Vorstandsvorsitzende des Pazifik-Netzwerkes.

Die Illusion der schönen Zahlen

Amtliche Statistiken zwischen Manipulation und Geheimniskrämerei – Das Beispiel Singapur

Rolf Jordan

Eigentlich wollten die beiden Wissenschaftler auf Probleme der Arbeitsmarktpolitik der Regierung aufmerksam machen. Deutlich wurde aber vor allem die Problematik der amtlichen Statistik des südostasiatischen Stadtstaates. Was war geschehen? CHEN KANG und TAN KHEE GIAP, zwei Wissenschaftler der *Nanyang Technology University* (NTU) in Singapur hatten nach Analyse der amtlichen Arbeitsmarktanalyse herausgefunden, dass von den zwischen 1997 und 2002 neu geschaffenen 187.000 Arbeitsplätzen etwa drei Viertel an ausländische Fachkräfte vergeben worden waren, während die Arbeitslosigkeit gerade unter qualifizierten Arbeitskräften im Land weiter angestiegen war. Diesem Befund wurde jedoch sogleich von Seiten des Arbeitsministeriums widersprochen, indem auf eigene Berechnungen verwiesen wurde, nach denen neun von zehn der neu geschaffenen Stellen mit Arbeitskräften aus Singapur besetzt worden seien. Der Vorwurf an die beiden Wissenschaftler: die vom Arbeitsministerium veröffentlichten und für die Analyse herangezogenen Arbeitsmarktstatistiken seien nicht geeignet, die gemachten Aussagen zu belegen, da wesentliche Angaben fehlten. Die Regierung Singapurs betrachtet Arbeitsplatzstatistiken als sensiblen Datenbereich; wichtige Angaben etwa über sektorale Verteilungen oder über die Nationalität von Arbeitskräften in bestimmten Beschäftigungsbereichen sind in der Regel nicht öffentlich zugänglich und konnten so auch in diesem Fall nicht in die Analyse einbezogen werden.

Die Widersprüchlichkeit der Daten hat Methode

Die Frage der Verlässlichkeit offizieller Statistiken war dabei erst wenige Wochen zuvor Thema heftiger Kritik

Seitens der indonesischen Handelsministerin RINI SUWANDI. Warum, so hatte die Ministerin in einem offenen Brief an ihren Amtskollegen in Singapur, GEORGE YEO, gefragt, weisen die vorliegenden Handelsstatistiken so deutliche Diskrepanzen hinsichtlich des Umfangs des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern auf? So verzeichnen die Statistiken des Stadtstaates einen Umfang der Warenexporte (ohne Ölexporte) nach Indonesien von umgerechnet US\$ 5,25 Milliarden, während Indonesiens Handelsstatistik hier nur Importe im Umfang von US\$ 2,44 Milliarden ausweist. Ähnlich auch die Diskrepanzen bei Exporten aus Indonesien nach Singapur: sie betragen nach Angaben Singapurs US\$ 7,41 Milliarden, nach indonesischen Angaben jedoch lediglich US\$ 4,6 Milliarden. Während Singapur zur Klärung dieser Frage sowohl bilaterale Gespräche als auch die Veröffentlichung detaillierter statistischer Angaben verweigert und sich dabei auf Vereinbarungen aus dem Jahr 1974 beruft, vermutet man von indonesischer Seite, dass die Diskrepanz von immerhin US\$ 5,5 Milliarden in

nicht unerheblichem Maße auf den Schmuggel von Waren zwischen den beiden Ländern zurückzuführen ist. Ein weiteres Beispiel in diesem Zusammenhang: auch im jüngsten Streit über den Abbau von Sand für Landgewinnungsprojekte in Singapur spielt die Frage der statistischen Angaben über den Umfang dieses Handels eine wichtige Rolle. Denn auch hier sind deutliche Diskrepanzen in den Statistiken der beiden Länder festzustellen, die auf umfangreiche illegale Aktivitäten schließen lassen, die von Singapur geduldet, wenn nicht gefördert werden. Außerdem sind die unterschiedlichen statistischen Informationen eben auch das Resultat sehr unterschiedlicher Interessen auf beiden Seiten und die daraus entstehenden Konflikte werden eben auch mit Hilfe manipulierter Daten ausgetragen.

Kritik an der Qualität der Daten

Angesichts solcher und ähnlicher Probleme mehren sich mittlerweile auch in Singapur die Forderungen nach einer besseren Wirtschafts- und Sozialstatistik, die nicht zuletzt auch Wirtschaftsunternehmen im Land eine



Mehr Schein als Sein? Die Skyline von Singapur

Aufnahme: Michael Waibel 2003

größere Planungssicherheit verschaffen würde. So bemängelten Analysten unlängst, dass über die konkreten Auswirkungen der SARS-Epidemie auf einzelne Wirtschaftssektoren, wie etwa die Tourismusbranche oder den Bereich des *Business Travel*, bisher keine verlässlichen statistischen Angaben vorliegen. „We're a first class country, and we are publishing incomplete data“, so brachte es ein Mitarbeiter eines großen Singapur Holdingunternehmens auf den Punkt. Dabei sind die Probleme einer nur beschränkt zugänglichen amtlichen Statistik seit langem bekannt. Und sie betreffen nicht nur Ökonomen und Wirtschaftsanalysten, sondern auch all jene Wissenschaftler, die für ihre Forschungen auf diese statistische Basis zurückgreifen (müssen). So merkte etwa LINGLE bereits Mitte der neunziger Jahre hinsichtlich der Datenlage in Singapur kritisch an: „It is a mystery that although it is obvious that data provided by the government are tightly guarded and not subject to independent confirmation, their figures are accepted with remarkably little scepticism by outsiders.“ (1996: 94). Bisher werden die sich daraus ergebenden Probleme im Bereich der sozialwissenschaftlichen Asienforschung aber kaum thematisiert.

Informations- u. Machtmonopole

Singapur ist ein ‚*Developmental State*‘ (LEFTWICH 1995), dessen Regierung und Bürokratie sich in erster Linie über entwicklungspolitische Programme und deren ‚erfolgreiche‘ Umsetzung legitimiert. Die statistische Erfassung dieser Entwicklungsprozesse dient in erster Linie ihrer umfassenden Steuerung und Kontrolle, die Veröffentlichung des Datenmaterials vor allem der Dokumentation des Erfolgs dieser Politik und damit zugleich der Legitimation der Entwicklungseliten. Die zur Verfügung stehenden amtlichen Daten und Informationen zu Wirtschaft und Gesellschaft werden damit von jenen politischen Akteuren ‚produziert‘ und vorgelegt, deren In-

teresse an und in diesen Entwicklungsprozessen kritisch zu hinterfragen wäre. Und diese Problematik ist nicht auf Singapur beschränkt, sondern betrifft nahezu alle Staaten der Region. „Control over information flows and communication channels allows despotic regimes to create and sustain myths about their success, while concealing their failures. Among the numerous ends and means associated with these illusions is the misleading perception surrounding economic performance“ (LINGLE 1996: 71).

Folgen dieser ‘Informationspolitik’

Die Situation wird dadurch verschärft, dass Singapur – wie eine Reihe anderer Staaten in der Region auch – über gesetzliche Bestimmungen verfügt, die eine unabhängige Überprüfung amtlicher Statistiken ebenso unmöglich machen, wie die eigenständige Erhebung statistischer Materials in bestimmten Bereichen. der *Official Secrets Act*, ein Gesetz zum Schutz von Amtsgeheimnissen, dient dazu, Singapurs Behörden und Staatsunternehmen vor unliebsamen Presseenthüllungen zu bewahren. „Viele amtliche Daten und Informationen werden unter Berufung auf das Gesetz als ‚vertraulich‘ klassifiziert und so dem öffentlichen Zugriff entzogen“ (RÜLAND 1998: 205). Trotzdem finden diese Statistiken in nahezu allen Publikationen über Singapur Verwendung, ohne dass ihre begrenzte Aussagefähigkeit kritisch thematisiert würde.

Ein Beispiel ist hier das Problem fehlender oder unzureichender statistischer Angaben über die wirtschaftlichen Aktivitäten des staatseigenen Unternehmenssektors, da solche Angaben als politisch sensibel gelten und einer entsprechenden Geheimhaltungspflicht unterliegen. So ist man bisher allenfalls auf fundierte Schätzungen angewiesen, deren Angaben etwa zu Umfang der Beschäftigung in diesem Bereich oder zu Investitionen und Finanzierung je nach politischer Ausrichtung der Schätzungen beträchtliche Diskrepanzen aufweisen können.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten der ‚*Government-linked Corporations*‘ (GLCs) ebenso wie jene der meisten staatlichen Behörden (*Boards*) unterliegen einer strikten Kontrolle durch eine kleine Gruppe von Regierungsbeamten; eine öffentliche Kontrolle dieses Bereichs ist nicht vorgesehen. „It is indeed ironic that these publicly-funded state agencies and bodies purported to be acting in the public interest, are largely unaccountable to the public“ (RAHIM 2001: 225).

Eine solche ‚Informationspolitik‘ ist in mehrerer Hinsicht problematisch. Zum einen ist es aufgrund der fehlenden oder unzureichenden Daten zur ‚*Performance*‘ des staatlichen Unternehmenssektors – Schätzungen gehen davon aus, dass hier etwa ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wird – nahezu unmöglich, die Entwicklungsdynamik und die Entwicklungspotentiale der Wirtschaft Singapurs verlässlich zu analysieren. Dabei sind gerade Unternehmen im Bereich der Finanzdienstleistungen, einem der Wachstumssektoren des Stadtstaats, in besonderem Maße auf umfangreiche Wirtschaftsdaten angewiesen, um adäquate Marktanalysen für ihre Kunden in aller Welt erstellen zu können.

Zum anderen werden durch diese Politik weite Teile der wirtschaftlichen und politischen Planung sehr effektiv der Kontrolle durch die Öffentlichkeit entzogen und die mögliche Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen verhindert. Vor diesem Hintergrund ist es oppositionellen Parteien und *Nicht-Regierungsorganisationen* (NRO) in Singapur nahezu unmöglich, ihre politischen Programme und Forderungen mit adäquatem statistischen Material zu belegen oder zu untermauern, da eigene Erhebungen aufgrund der Rechtslage oftmals nicht möglich und amtliches Datenmaterial zumeist nur bedingt verwendbar ist. In einer ähnlichen Position befindet sich auch die Opposition in vielen anderen Ländern der Region, in denen kein freier Zugang zu statistischen Informationen

existiert.

Und schließlich hat diese Politik auch Konsequenzen für die Möglichkeiten unabhängiger sozialwissenschaftlicher Forschung in und zu einem Land wie Singapur (und gleiches gilt durchaus für einige andere Länder Südostasiens). Doch bisher werden die sich aus dieser Situation ergebenden Probleme im wissenschaftlichen Bereich nicht oder nur sehr eingeschränkt offen diskutiert. Und das, obwohl die begrenzt zur Verfügung stehenden Daten und die gesetzlichen Einschränkungen

hinsichtlich einer eigenständigen Datenerhebung grundlegende Auswirkungen auf die Forschungsarbeit in Singapur haben müssen (und in der Regel auch haben). Dies betrifft die bereits genannten Bereiche der Wirtschafts- und Arbeitsmarktforschung ebenso wie Untersuchungen zum staatlich dominierten Wohnungsmarkt oder zum Bereich der Arbeitsmigration, der ein wesentliches Element der ökonomischen Entwicklung Singapurs darstellt.

Literatur:

LEFTWICH, ADRIAN (1995): *Bringing Politics Back In: Towards a Model of the Developmental State*. In: *The Journal of Development Studies*, Vol. 31; S.400-427.

LINGLE, CHRISTOPHER (1996): *Singapore's Authoritarian Capitalism. Asian Values, Free Market Illusions, and Political Dependency*. Barcelona, Fairfax.

RAHIM, LILY ZUBAIDAH (2001): *The Political Agenda Underpinning Economic Policy Formulation in Singapore's Authoritarian State*. In: JOHANNEN, UWE; GOMEZ, JAMES (Eds.): *Democratic Transitions in Asia*. Singapur, Bangkok; S.207-232.

RÜLAND, JÜRGEN (1998): *Politische Systeme in Südostasien. Eine Einführung*. Landsberg.

Dr. Rolf Jordan [rojordan@uni-kassel.de] ist Sozialwissenschaftler an der Universität Kassel und arbeitet seit Jahren zu Singapur und Malaysia.

Tagungshinweis

Arbeitskreis Südostasien in der Deutschen Gesellschaft für Geographie (DGfG) Jahrestagung 2004

Call for Papers

Die nächste, elfte Jahrestagung des Arbeitskreises Südostasien findet vom 11.-13. Juni 2004 am Geographischen Institut der Universität Göttingen statt. Die Tagung wird, wie bereits in den Vorjahren, kein spezielles Rahmenthema tragen. Damit soll der interdisziplinäre Charakter des Arbeitskreises und der schon traditionelle Forumscharakter, gerade auch für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, unterstrichen werden.

Wir bitten Kolleginnen und Kollegen, die in der Region Südostasien an Forschungs- und Lehrprojekten arbeiten, um Meldung entsprechender Beiträge. Auch möchten wir besonders Examenskandidaten ermutigen, Ergebnisse laufender Diplom-/Examensarbeiten oder Dissertationen vorzustellen. Diesen Beiträgen wird traditionsgemäß besondere Beachtung geschenkt.

Auf Einladung von Herrn Kollegen Werner Kreisel, der mit seinem Team dankenswerterweise die lokale Organisation übernommen hat, stehen uns für die Tagung Räume am Geographischen Institut der Universität Göttingen zur Verfügung. Die Universität Göttingen hat mit dem Sonderforschungsbereich SFB 552: „Stabilität von Randzonen tropischer Regenwälder in Indonesien“ einen Forschungsschwerpunkt und wird im Rahmen der Tagung Ergebnisse vorstellen. Einzelheiten zu Organisation, Tagungsort, Kosten, etc. sind auch auf der Webseite des Arbeitskreises www.suedostasien.uni-koeln.de zu finden.

Vortragsangebote mit Titel und Kurzfassung werden bis zum 30.04.2004 erbeten an die Sprecher des Arbeitskreises:

Frauke Kraas, Geographisches Institut, Universität zu Köln
Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Fax: 0221 470 4917

Karl-Heinz Pfeffer, Geographisches Institut,
Universität Tübingen,
Hölderlinstrasse 12, 72074 Tübingen, Fax: 07071 29-5318

ARBEITSKREIS SÜDOSTASIEN

Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG)



Aufbau sozialer Infrastruktur in Osttimor

Das Bildungswesen

Heinz Gödde

“Ich möchte Lehrerin werden”, ruft ein kleines Mädchen. “Und ich werde Ärztin”, lacht eine Mitschülerin. Zwei von vielen Wünschen von Schülern und Schülerinnen der Lahana Primary School am Stadtrand von Dili im November 1999. Gerade haben in Osttimor nach den Ausschreitungen und Verwüstungen des indonesischen Militärs und der von ihnen unterstützten Milizen die ersten Schulen wieder geöffnet. Und in den Wünschen und Vorstellungen der Kinder lassen sich einige der Probleme des jetzt freien Osttimors erkennen: das Land braucht Fachkräfte in allen Bereichen, auch im Schul- und Bildungsbereich. Denn zum Anfang des 21. Jahrhunderts zählt das Land mit einer Analphabetenrate von über 50% zu den Ländern der Erde mit der höchsten Anzahl von Menschen, die nicht lesen und schreiben können. Dieser sehr hohe Anteil läßt sich nur verstehen auf dem Hintergrund der portugiesischen Kolonialgeschichte.

Portugiesische Herrschaft und Bildungspolitik

Die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor lag am Rande des damaligen portugiesischen Kolonialreiches und spielte für Portugal nur eine untergeordnete Rolle. Am Ende der portugiesischen Herrschaft war Osttimor eine der am wenigsten entwickelten Regionen der Erde. Die meisten Einwohner lebten von der Subsistenzwirtschaft, die soziale Entwicklung war gering, Osttimor trug alle Kennzeichen eines äußerst unterentwickelten Landes. Die Säuglingssterblichkeit lag bei 50%, die Lebenserwartung betrug etwa 35 Jahre. Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und Lepra waren weit verbreitet.¹ Lag Portugal noch in den 70er Jahren des 20. Jh. hinter europäischen Bildungsstandards zurück, so befand sich Osttimor im Bildungsbereich im Schlußbereich der am wenigsten entwickelten Länder: 90-95% der erwachsenen Bevölkerung waren Analphabeten.² 1970 besaßen nur 15 Timoresen von über 610.000 Einwohnern ein Universitätsdiplom. „Die Timoresen brauchen nur lesen und schreiben zu können und dann sollten wir ihnen eine Hacke und eine Axt geben“, so der portugiesische Bischof in Soibada.³ Die portugiesische Bildungspolitik war nur ausgerichtet auf die Erhaltung des Status quo in der Kolonie und trug mit dazu bei, in Osttimor wirtschaftliche Stagnation wie portugiesische Herrschaft zu erhalten. Entsprechend gering war die Anzahl der Schulen. So gab es 1964 nur 147 Grundschulen, davon 78 Missions-schulen, 51 waren staatliche Schulen

und 18 wurden von der chinesischen Gemeinde in Osttimor getragen. Dazu kamen 2 oder 6 weiterführende Schulen.⁴ Von den über 93.000 Kindern im schulpflichtigen Alter besuchten etwas über 18.000 die Schule, knapp 20%! Zudem war für die meisten der timoresischen Kinder die schulische Ausbildung nach 4 Schuljahren vorbei. Dazu kamen zu wenige und nicht genügend ausgebildete Lehrer und Lehrkräfte und es gab für Timoresen in ihrem Land kaum die Möglichkeit, qualifizierte Berufe ausüben zu können. Bis zum Ende der portugiesischen Kolonialzeit war kein Timorese zum Arzt, Ingenieur oder Jurist ausgebildet; Absolventen des von den Jesuiten geführten Seminars in Osttimor bot sich die Möglichkeit, Priester zu werden.

Bildungspolitik während der indonesischen Besatzung

Kurze Zeit nach der Unabhängigkeitserklärung Osttimors 1975 besetzten indonesische Truppen das Land und eine 24jährige Besatzungszeit folgte, während der es Indonesien allerdings nie gelang, das Land vollständig zu kontrollieren. Die Besetzung soll 200.000 Menschen das Leben gekostet haben.

In dem während der Kolonialherrschaft vernachlässigten Land begann Indonesien allerdings auch mit dem Aufbau einer Infrastruktur, sei es im Bereich des Verkehrs, des Gesundheits- oder auch des Bildungswesens. Und in der Tat sind die Erfolge der indonesischen Bildungspolitik nicht zu leugnen, sieht man sich die quantitative Entwicklung

im Schulbereich an. Bis zum Schuljahr 1990/91 entstanden 700 Schulen, die Anzahl der Schüler und Schülerinnen betrug 146.997. Sie wurden von 6786 Lehrern unterrichtet.⁵ Bis 1999 war die Anzahl der Schulen noch weiter auf etwa 970 gestiegen.⁶ Ausgebaut wurde nicht nur der Bereich von Grundschulen (Elementary Schools), sondern auch der Sekundarbereich mit Junior High Schools und Secondary High Schools. Grundschulen wurden in fast jedem Dorf gegründet,⁷ die Alphabetisierung der Jugend stieg während der Besatzungszeit stetig an,⁸ in Dili entstand eine Universität. Die verschiedenen entwicklungspolitischen Maßnahmen Indonesiens sind allerdings auch auf ihre Absicht zu hinterfragen. Handelte es sich hierbei um Maßnahmen zur Entwicklung des Landes durch Aufbau sozialer Standards zur Verbesserung der Lebensbedingungen oder dienten sie - auch oder vor allem - anderen Zwecken? Schon 1983 stellte K. FIGGE heraus, dass die Alphabetisierungskampagne in indonesischer Sprache als Instrument der Indonesisierung zu sehen sei. Wie der Straßenbau in Osttimor neben der militärischen Kontrolle auch dazu diente, die Ressourcen des Landes auszubeuten, so ist die Alphabetisierung u.a. ein Mittel gewesen, über die Sprache und die Schule die Bevölkerung - zunächst die Kinder - langfristig in den indonesischen Staat zu „integrieren“. Die meisten der Lehrer Osttimors stammten aus Indonesien. Beklagt wurden zudem niedrige Bildungsstandards und für viele Schulabgänger fehlten entsprechende Arbeitsplätze.



Aufnahme: Jutta Svoboda 2002

Schule in Dare, nördlich von der Hauptstadt Dili

Bildungswesen in Osttimor

Das Ergebnis des Referendums 1999 zeigte klar und deutlich, was die Bevölkerung Osttimors wollte: Unabhängigkeit statt Integration in den indonesischen Staatsverband. Der Aufbau Osttimor vollzieht sich heute auf der Basis einerseits von Unterentwicklung aus der portugiesischen Kolonialzeit und andererseits weitgehender Verwüstung und Zerstörung im gesamten Land im September 1999 nach dem Referendum. Betroffen davon ist auch der Bildungsbereich von der Basisausbildung bis zum universitären Bereich. So liegt die Analphabetequote noch bei 52%⁹ und es gibt viel zu wenige timoresische Fach- und Verwaltungskräfte in allen Bereichen. Nach den Ausschreitungen waren etwa 70-90% aller Schulen zerstört. Von der Verwüstung betroffen wurde ebenfalls die Universität.

Dennoch gelang es nach den Ausschreitungen relativ schnell, im November 1999 die Schulen wieder zu öffnen. Die meisten Schüler und

Schülerinnen freuten sich auf die Möglichkeit, wieder zur Schule gehen zu können, oft allerdings in Schulen ohne Dächer, ohne Schulmöbel, Tafeln und Lehrmaterial. Sehr schnell zeigten sich weitere, grundlegende Probleme für das jetzt freie Land. Ein Großteil der timoresischen Bevölkerung (240.000 Schüler) ist im schulpflichtigen Alter. Aber nur 6000 Lehrer standen 1999 für den Unterricht zur Verfügung. So hatten die Schulen unmittelbar nach Wiedereröffnung sehr große Klassen, so etwa die von den Salesianern geleitete Schule St. Anthony in Dili: 70 Schüler pro Klasse, statt ursprünglich 135 Kinder besuchten jetzt 700 Kinder die Schule. Die Schulleiterin Schwester Marlene: „*It's hard to say no to the parents.*“ Es fehlt bis heute an ausgebildeten Lehrern, da die meisten bisherigen - indonesischen - Lehrer das Land verlassen haben und sicher nicht wiederkommen werden. 20% aller Lehrer der Primarstufe und 90% der Lehrer der Sekundarstufe kamen aus Indonesien. Ebenso bestand

fast die gesamte Schulverwaltung aus Indonesiern. Mit dem Abzug Indonesiens aus Osttimor lösten sich auch im Bildungsbereich die administrativen Strukturen auf und auch hier stand das Land vor einem völligen Neuaufbau. Die UNICEF war zunächst de-facto das Erziehungsministerium des Landes.

Die meisten osttimoresischen Lehrer haben oft nur eine Qualifikation für die Grundschule. Dabei ist im Primarschulbereich das Hauptproblem vor allem die schlechte Bezahlung und Überfüllung der Klassen, im Sekundarbereich zeigt sich dagegen ein Mangel an ausreichend ausgebildeten timoresischen Fachlehrern. Lehrer aus dem Ausland - etwa Australien und Portugal - sollen im Moment helfen, den jetzigen Lehrermangel u.a. im Sekundarbereich zu lindern. Dabei findet der Unterricht oft in verschiedenen Sprachen statt, in der englischen oder portugiesischen Sprache vor allem bei den Lehrern aus dem Ausland, in Bahasa Indonesia oder Tetum bei den

timoresischen Lehrern. Eine gesamte Generation ist in Osttimor mit der indonesischen Sprache der Besatzer groß geworden. Portugiesisch und Englisch sind Fremdsprachen, Tetum ist neben Portugiesisch die Landessprache. Dies zeigt die Notwendigkeit, dass sich die timoresische Regierung schnell für eine Sprache für den Schulunterricht entscheidet.

Der Aufbau des Schul- und Bildungssystem findet in Zusammenarbeit zwischen Osttimor und einer Vielzahl von ausländischen Institutionen statt. Der Wiederaufbau von Schulgebäuden in den Dörfern fand oft durch die Bevölkerung statt. Die timoresische Regierung sorgt für die Basisversorgung der Schulen und zahlt die Gehälter der Lehrer. Die Verbesserung der Infrastruktur in den einzelnen Schulen, etwa der Aufbau der Versorgung mit fließendem Wasser und sanitären Einrichtungen, die es vorher kaum gab, wird oft von ausländischen Entwicklungspartnern getragen. Für viele Eltern stellt sich nicht nur das Problem des Schulgeldes für ihre Kinder,¹⁰ das viele nicht zahlen können, weil sie arbeitslos sind. Auch sind viele Familien

nicht in der Lage, ihren Kindern die notwendigen Unterrichtsmaterialien zu kaufen.

Für seine weitere Entwicklung braucht das Land gutausgebildete junge Menschen, hat auf der anderen Seite völlig unzureichende Finanzmittel zur Verfügung für den Wiederaufbau aller sozialen und wirtschaftlichen Bereiche. Dennoch wird ein umfangreicher Teil des Staatshaushaltes für den Bildungssektor zur Verfügung gestellt, der allerdings nicht für alle anstehenden Aufgaben ausreicht. In vielen Sektoren des Bildungswesens ist Osttimor auf die ausländische Sach- und Fachhilfe angewiesen. Von deutscher Seite leistet u.a. *Misereor* Hilfe im Gesundheits- und Erziehungsbereich. Aufbauarbeit vor Ort in Gemeinden¹¹ wird unterstützt wie auch ein Berufsbildungszentrum in Fatumuka.¹² Dabei kann Misereor auf langjährige entwicklungspolitische Erfahrung sowie der Zusammenarbeit mit einheimischen Partnern zurückgreifen.

JONES¹³ sieht es als wichtigste Aufgabe der timoresischen Bildungspolitik an, zunächst einmal den Primarbereich zu

fördern, um allen Kindern eine Grundausbildung zu geben. Diese ist für ihn grundlegend z.B. für notwendige Entwicklung in der Landwirtschaft oder bei der Verbesserung der Gesundheit durch eine frühe Gesundheitserziehung. 82% aller timoresischen Schulen sind Grundschulen. Die meisten der Schulen stehen heute in staatlicher Trägerschaft, 19% sind kirchliche Schulen. Auch 2003 sind die Klassen mit durchschnittlich 62 Schülern noch sehr groß. Notwendig ist allerdings auch eine weiterführende Ausbildung für zukünftige timoresische Fachleute für die Verwaltung, Bildung, Wirtschaft, etc., um den unabhängigen Staat einmal selbstständig und unabhängig von ausländischer Hilfe leiten zu können. Heute hat Osttimor neben der nationalen Universität in Dili, der *Universidade Timor Lorasae* (UNTL) noch zwei weitere, private Universitäten.

In Baucau wurde im November 2003 ein „Catholic Teachers College“ der Maristen-Brüder eingeweiht.¹⁴ Im Auftrag des Bischofs von Baucau hatten nach der Unabhängigkeit australische Maristen das Kolleg



Aufnahme: Jutta Svoboda 2002

Kinder in Osttimor

mit einer international anerkannten Lehrerbildung für die Primarstufe aufgebaut. 53 Studenten nahmen im November 2003 das Lehramtsstudium auf als „new teachers for a new nation“. Dieses Lehrerbildungskolleg wird u.a. von *Misereor*, *Caritas Sweden* und *Swedish Mission Council* und der EU gefördert. Neben der Fachausbildung von neuen Lehrern ist es notwendig, die Qualifikation der Lehrer in Osttimor durch Fortbildung auch in didaktischen und methodischen Kompetenzen zu erweitern, für Osttimor geeignete Curricula müssen entwickelt werden. Bisher wurden in Baucau schon fast 600 Lehrkräfte fortgebildet.

Die ersten ausgebildeten Lehrer in Osttimor werden frühestens im Oktober 2004 ihre Arbeit in Schulen beginnen können. Allerdings ist auch in Osttimor der Lehrberuf ein nicht zu erstrebenswerter Beruf im Hinblick auf Ansehen und Bezahlung, so dass sicher viele Absolventen versuchen werden, nach ihrem Examen nicht im Schuldienst zu arbeiten.

Die Geschichte des Erziehungswesens in Osttimor zeigt die portugiesische Zeit als einen Zeitraum der Vernachlässigung durch den Staat, die indonesische Besatzungszeit brachte Unterdrückung. Ausreichende oder eigenständige Bildungsstrukturen wurden nicht aufgebaut. Die Unabhängigkeit brachte Osttimor zunächst Euphorie und eine Vielzahl von Hoffnungen auf Entwicklung und Fortschritt. Sehr schnell zeigte sich aber,

dass die neue Zeit zunächst einmal eine Zeit des Mangels ist: zu wenig Lehrer, zu wenig Bücher, zu wenig Zeit für eine schnelle Verbesserung. Fachkräfte, etwa im Erziehungsministerium, in der Lehreraus- und -weiterbildung, sind notwendig. Viele Berichte¹⁵ zeigen, daß Osttimor noch länger auf ausländische Hilfe, auch im Bildungssektor, angewiesen sein wird. Dazu zählen neben ausländischem Lehrpersonal weiterhin ausländische Gelder, um den Erziehungsbereich weiter auf- und auszubauen. Doch es zeigt sich, dass die strukturellen Probleme der Vergangenheit nicht über Nacht gelöst werden. Erfahrungen im Bildungsbereich, sei es mit der alltäglichen Bildungsbürokratie oder in der Lehreraus- und fortbildung haben dazu geführt, dass Realismus und auch Ernüchterung heute auch hier die gegenwärtige Lage prägen. Für den US-Amerikaner C. GABRIELSON,¹⁶ der zwei Jahre im Erziehungswesen Osttimors gearbeitet hat, sind jedoch die Schüler und Schülerinnen in Osttimor, die er in ihrem Eifer und ihrer Begierde zu lernen, lernen zu wollen, kennengelernt hat, die Hoffnung des Landes, da sie trotz aller bestehenden Probleme ihren Weg für ihre Zukunft finden werden.

Anmerkungen:

- ¹ M. SCHLICHER, 1996, p. 307
- ² G. EVERS 2001, p.7/Kl. Figge 1983², p. 514
- ³ M. SCHLICHER, 1996, p. 301
- ⁴ verschiedene Angaben
- ⁵ J. M. DE SOUSA SALDANHA, 1994, p. 249
- ⁶ C. GABRIELSON, 2001, p. 2

⁷ G. W. JONES, 2001, p. 256

⁸ J. M. DE SOUSA SALDANHA, 1994, p. 245

⁹ *Timor na Hora da Independencia*, in: *Visao* 480, 16 de Maio 2002

¹⁰ A. FLESCHENBERG, 2003, p.4

¹¹ vgl. A. LOCH, 2003

¹² *Misereor* aktuell 1/2003, p. 17

¹³ G. W. JONES, 2001, p. 261ff.

¹⁴ vgl.: *International Media Release* von A. LOCH zum 15.11.2003

¹⁵ etwa: C. GABRIELSON 2001a/b, 2002

¹⁶ C. GABRIELSON, 2002, p. 8

Literaturhinweise

A. LOCH (2003): *Osttimor: Die Arbeit der Maryknoll Sisters in Aileu, Aachen (=MISEREOR Medien zur Öffentlichkeitsarbeit, Projekt 419-900/1).*

ANDREA FLESCHENBERG (2003): *Interview mit Ligia de Jesus, Assessorin des Friedensnobelpreisträgers und Außenministers Dr. Ramos-Horta*, in: *DOTG-Newsletter* 1/2003, p. 2 – 5.

C. GABRIELSON (2001): *A Long and Rocky Road: Education in New East Timor; part 2*, in: *ICWA Letters* CG-7, p. 1 – 8.

C. GABRIELSON (2001): *Building from the Ground Up: Education in New East Timor, (part 1)*, in: *ICWA Letters* CG-2, p 1 – 8.

C. GABRIELSON (2002): *Barely Afloat in High Seas, Education in New East Timor; part 3*, in: *ICWA Letters* CG-15, p. 1-8.

GAVIN W. JONES (2001): *Social Policy Issues in East Timor: Education and Health*, in: *Hal Hill & Joao M. Saldanha (Hg.), East Timor - Development Changes for the World's Newest Nation, Singapur/Canberra* p. 256 – 271.

GEORG EVERS (1996): *Carlos Belo - Stimme eines vergessenen Volkes, Freiburg.*

GEORG EVERS (2001): *Osttimor - der schwierige Weg zur Staatswerdung, Aachen.*

JOAO MARIANO DE SOUSA SALDANHA (1994): *The Political Economy of East Timor Development, Jakarta.*

KLAUS FIGGE (1983): *Abhängiges Territorium: Ost-Timor*, in: *Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 7, Hamburg* 512-518.

M. SCHLICHER (1996): *Portugal in Osttimor, Hamburg.*

Heinz Gödde [Heinzgoedde@aol.com] hat an der RWTH Aachen die Fächer: Geographie, Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie studiert. Er ist APSA-Mitglied sowie Gründungsmitglied der Deutschen Osttimor Gesellschaft (DOTG ; URL: www.osttimor.de).

Impressum

Herausgeber der Pacific News:
Arbeitsgemeinschaft für
Pazifische Studien e.V. (APSA)
in Zusammenarbeit mit der Abt. Kultur-
u. Sozialgeographie am Geogr. Institut
der Universität Göttingen
Goldschmidtstr. 5 - D-37077 Göttingen
Internet: <http://www.pacific-news.de>
Tel: +49-551-39.80.22
Fax: +49-551-39.12.140
Email: redaktion@pacific-news.de
Auflage: 400 Ex.

Vorstand der APSA:
Prof. Dr. W. Kreisel (wkreisel@gwdg.de)
Dr. M. Waibel (mwaibel@gwdg.de)
Dr. P. Marsden (marsden@anglistik3.rwth-aachen.de)
B. Jansen-Merx (birgit.jansen-merx@post.rwth-aachen.de)

Redaktion:
Dr. Rolf Jordan
Dr. Michael Waibel (Vi.S.d.P)
Layout Printversion:
D. Meilwes
Layout Webversion:
M. Waibel
Photonachweis:
R. Weber/ M. Waibel (1)
M. Waibel (2/4/8-10/17)
M. Schnepf-Orth (11)
W. Adamse (2/12-15)
J. Svoboda (3/21/22)

Redaktionsschluß für die
nächste Ausgabe:

02.05.2004

Senden Sie Kommentare und kritische
Stellungnahmen sowie Artikel an:

Rolf Jordan
(rojordan@uni-kassel.de)

oder:

Michael Waibel
(mwaibel@gwdg.de)

Die einzelnen Beiträge spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der APSA wieder.

Global Sozial? Eine internationale Konferenz zu Strategien sozialer Sicherheit in Asien und Deutschland

Rolf Jordan

Vom 08. bis 10. Oktober 2003 fand im Konferenzzentrum der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in Brühl in Zusammenarbeit mit dem Asienhaus eine Tagung zu Strategien sozialer Sicherheit und öffentlicher Daseinsvorsorge in Asien und Deutschland statt. Die Konferenz war besetzt mit Vertreter/-innen von Nichtregierungsorganisationen (NROs) aus China, Indien, Indonesien, Korea, Malaysia, den Philippinen und Thailand sowie mit Experten aus Wissenschaft und Politik aus Deutschland. Ziel war es, die Gemeinsamkeiten und Differenzen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen und sozialen Debatten zu untersuchen und mögliche Faktoren für die zukünftige Entwicklung sozialer Sicherung und Armutsbekämpfung zu bestimmen.

Im Zentrum der Diskussion stand

dabei die Frage nach den Folgen von Globalisierung und zunehmender Liberalisierung der Weltwirtschaft für die sozialen Sicherungssysteme und die Armutsvorsorge sowohl in den asiatischen Entwicklungsländern als auch in den (west-) europäischen Wohlfahrtsstaaten. Während sich für Deutschland die Frage nach den notwendigen konzeptionellen Anpassungsleistungen stellt, steht für Asien die Frage im Vordergrund, ob und in welcher Form sozialstaatliche Sicherungssysteme entwickelt werden können angesichts einer immer stärker auf Privatisierung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Wirtschaftspolitik in vielen Ländern dieser Region. Zugleich galt es, auch die Rolle internationaler Organisationen und sozialer Bewegungen in diesem Prozess einer fortschreitenden Privatisierung öf-

fentlicher Dienstleistungen und der Deregulierung staatlicher Wirtschaftssektoren kritisch zu beleuchten.

Am Anfang der Tagung stand daher eine erste Bestandsaufnahme, in der die aktuelle soziale Lage und die Auswirkungen der Globalisierung beleuchtet werden sollten. Neben einem allgemeinen Überblick über die soziale Entwicklung der letzten Jahre befassten sich die einzelnen Beiträge des Panels mit der Situation in Indien, den Philippinen und der Volksrepublik China. Deutlich wurde bereits hier die Bedeutung endogener Faktoren für die Frage nach den Auswirkungen von Liberalisierung und Deregulierung auf die sozialen Strukturen der Länder. Vor allem das Fehlen demokratischer Strukturen und mangelhafte Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung wurden hierbei hervorgehoben. Der



Frage, ob besonders Frauen in diesem Prozess ‚den Kürzeren‘ ziehen, wurde im folgenden Panel nachgegangen. Statt einer einfachen Antwort zeichneten die Referentinnen hier ein sehr vielschichtiges Bild, das sowohl auf die negativen Folgen der Globalisierung für viele Frauen verwies – etwa in Form schlechter Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken des Südens – als auch auf die vielfältigen neuen Möglichkeiten, die diese Entwicklung für viele Frauen gerade in den Entwicklungsländern bereit hält. Der zweite Konferenztag war zum einen geprägt durch die Arbeit in unterschiedlichen Arbeitsgruppen, die sich nach einem einleitenden Streitgespräch über die Vor- und Nachteile von Privatisierungsstrategien mit den sozialen Folgen der Privatisierungspraxis in verschiedenen Ländern auseinandersetzten. Thematisiert wurden hier die Folgen der Privatisierung für öffentliche Dienstleistungen in Deutschland und Malaysia und die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und Thailand, aber auch Formen der Privatisierung der Daseinsvorsorge in Japan und Deutschland und die möglichen Folgen für Arbeitsrechte und gewerkschaftliche Interessenvertretung in Indonesien und Deutschland. Eine weitere Arbeitsgruppe diskutierte die Folgen des WTO-Beitritts für die PR China und die Länder Südostasiens. Das Thema Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stand auch

im Mittelpunkt der anschließenden Podiumsdiskussion. Am Beispiel des Wassersektors diskutierten Experten die möglichen Folgen einer Privatisierungspolitik und die Rolle privater Unternehmen und internationaler Organisationen in diesem Politikfeld. Sowohl in den Statements der Experten auf dem Podium als auch in der anschließenden Diskussion zeigten sich noch einmal die sehr unterschiedlichen Positionen innerhalb dieses Diskurses. Deutlich wurde dies unter anderem an der Spannweite der inhaltlichen Bestimmung des Begriffs ‚Privatisierung‘. Während die Einen den Begriff vor allem im Sinne einer Kommerzialisierung öffentlicher Daseinsvorsorge verstanden wissen wollten und dabei auf die negativen Folgen verwiesen, die eine solche Politik besonders für ärmere Schichten hat, gebrauchten andere den Begriff eher im Sinne einer ‚Entstaatlichung‘ und verwiesen darauf, dass staatliche Daseinsvorsorge gerade in den Ländern des Südens in erster Linie Mittel- und Oberschichten zugute kommt und nur selten zu einer Verbesserung der Lebenssituation ärmerer Schichten beiträgt. Dies wird vor allem in den städtischen Agglomerationen Südostasiens sichtbar, wo große Teile der städtischen Armen von den Versorgungssystemen staatlicher oder kommunaler Behörden nicht erfasst sind. Die Abschlussdiskussion ‚Globalisierung der Unsicherheit?‘ richtete

schließlich ihren Blick auf die Zukunft sozialer Sicherungssysteme in Deutschland und Asien. Noch einmal wurde die Frage aufgegriffen, welche Auswirkungen Liberalisierung und Deregulierung für die Ausgestaltung sozialer Sicherungssysteme und Strategien der Armutsbekämpfung haben. Die Inputreferate zu dieser Diskussion beschäftigten sich dabei einmal mit den aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen in Thailand und Südkorea, zum anderen zeigten sie die sozial- und entwicklungspolitischen Konzeptionen der deutschen Entwicklungspolitik auf. Getragen durch die Beiträge der Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen bot die Tagung einen sehr guten Überblick über die Vielfalt der derzeitigen Diskurse zu Liberalisierung und Privatisierung und deren Folgen für soziale Sicherheit und Armutsbekämpfungsstrategien. Die Pluralität der Meinungen und Diskursansätze zeigte sich sowohl in den Diskussionen der einzelnen Panels, als auch in den vielen Diskussionen am Rand der Panels. Derzeit ist geplant, die Referate der Experten auch einem größeren Kreis von Interessierten zugänglich zu machen. In den nächsten Monaten sollen daher einige der Beiträge im Internet publiziert werden – entweder auf den Seiten des Asienhauses in Essen (www.asienhaus.de) oder der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de).



Presseerklärung **Megacities III: Handlungsmodelle und strategische Lösungsansätze**

24.-26.11.2003, Schloss Eichholz, Wesseling

Was geht uns Sao Paulo an? Was kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit dort erreichen? – Sicher ist, dass im Jahr 2007 die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten und 2015 mehr als 600 Millionen Menschen in 60 Megastädten leben werden, zwei Drittel davon in Entwicklungsländern.

Der Suche nach Handlungsmodellen – z.B. Chancen für globale Wachstumspotentiale und Optimierung städtischer Mobilitätsbedürfnisse - sowie Lösungsstrategien für die drängenden Probleme in den Megastädten – vor allem: massive Umweltzerstörungen und Verslumung versus Wohlstandsenklaven – widmeten sich drei internationale Fachkonferenzen. Diese wurden von Konrad-Adenauer-Stiftung, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt und der MegaCity TaskForce der International Geographical Union organisiert.

Schlüsselthemen für die Zukunftsgestaltung der Megastädte sind: Fragen der Regierbarkeit und Steuerungsmodelle, Nachhaltigkeit als Leitbild der



Politikgestaltung, innovative Verkehrsstrategien und optimiertes Flächenmanagement. Ziel der Veranstaltungsreihe war es, erstmalig Wissenschaft, Politik und kommunale Praktiker in einen internationalen Erfahrungsaustausch zu

integrieren. Ermutigende Fallbeispiele wurden benannt, Forschungs- und Umsetzungsdefizite identifiziert und politische Handlungsempfehlungen entwickelt.

Megastädte wurden nicht nur als Moloche des Elends verstanden, sondern vielmehr als globale Innovations- und Wachstumsmotoren sowie Impulsgeber für Kultur und Wissenschaft. Ein Leitmotiv der Fachdiskussion war die Einsicht, dass verstärkte Beteiligung der Betroffenen als entscheidender Erfolgsfaktor für die Umsetzung nachhaltiger Megastadtentwicklung wirkt.

In diesem Sinne zeigte sich, dass Entwicklungszusammenarbeit jenseits klassischer Hilfe heute auch ein Lernen von und mit den Partnern des Südens ist.

Gleichzeitig wurde deutlich, dass sie einen zentralen Beitrag zur globalen Friedenssicherung und zum globalen Umweltwandel leistet. Voraussetzung ist allerdings, dass deutsche Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit die Chancen dieser massiven globalen und lokalen Veränderungsprozesse nutzen.

Die Ergebnisse werden zusammengefasst in einem Strategiepapier für politische Entscheidungsträger. Im Frühjahr 2004 wird eine internationale Fachpublikation vorgelegt. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.kas.de, www.megacities.uni-koeln.de und www.service-eine-welt.de



MEGACITY TASKFORCE INTERNATIONAL GEOGRAPHICAL UNION

CHAIR: PROF. DR. FRAUKE KRAAS

www.megacities.uni-koeln.de



Mission: „The mission is to apply geographic expertise to problems of megacities and to the theory underlying the principles, knowledge, and methods employed in solving megacity problems. The task force should focus primarily on issues of continental and global scale, and on the restructuring of urban life over the long term, with particular reference to global change in environmental systems and the globalisation of economy, politics, and society. It will work in collaboration with relevant international scientific unions and with relevant IGU commissions and study groups.“ (quoted from the mission statement received from *Ron Abler, Vice President of IGU, in 1998*)

Objectives

a) Research programme and participation in international committee work

- Encouragement of research on the structures and dynamics, the problems and policies of individual megacities, and support of theoretical approaches under a comparative view, with special emphasis on megacities of the developing countries.
- Leading role of the task force in the development, promulgation and dissemination of new research topics on megacities. Broadening of the international discussion.
- Definition and critical assessment of the central problems of megacities: research foci, tasks, and deficits.
- Concentration on selected topics of major research foci. Scientific agenda to be defined and finalised within the task force group.
- Special publications.
- Promotion of modern methods in megacity research (Remote Sensing, Geographical Information Systems, modern qualitative methods of social sciences) in collaboration with relevant organisations.
- Presence at and participation in major international conferences.
- Own IGU-task force booth, itinerant exhibition, poster presence.

b) Information und services

- Homepage for (i) general and public information and (ii) communication within the task force.
- Information service and centre for research on megacities (e.g. statistics, map information, pictures, aerial photographs, satellite images, data, publications, bibliography, WWW-links, press contacts and news).
- Communication platform for task force members and corresponding members.
- In the long run: „Best practice“ databank on problem solving perspectives in megacity management.

c) Networks and networking

- Support activities leading to a deepened exchange of information regarding megacity research, among geographers and throughout the IGU as well as interdisciplinary.
- Networking with relevant organisations and initiatives.
- Provide assistance with research applications within the community of scientists.

Frauke Kraas, Cologne, and Günter Mertins, Marburg
(Chair und Scientific Secretary of the MegaCity TaskForce of the International Geographical Union)

Postal Address

Albertus-Magnus-Platz
D-50923 Köln/Germany

Visitors' Address

Otto-Fischer-Straße 4
Südbau

Website

www.megacities.uni-koeln.de

Phone

+49-221-470 7050
+49-221-470 7055

Fax


+49-221-470 4917

E-mail

f.kraas@uni-koeln.de
u.doerken@uni-koeln.de


























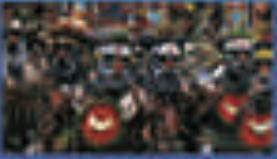




Picture Galleries South East Asia Pacific Islands



Department of Cultural & Social Geography

Picture Galleries - South East Asia - Pacific Islands

| | | | |
|--|--|--|--|
|  <p>Vietnam I</p> |  <p>Vietnam II</p> |  <p>Vietnam III (Black & White)</p> |  <p>Vietnam IV</p> |
|  <p>Vietnam V</p> |  <p>Vietnam VI</p> |  <p>Vietnam VII</p> |  <p>Vietnam VIII</p> |
|  <p>Markets of Vietnam IX</p> |  <p>Vietnam X</p> |  |  <p>Lao</p> |
|  <p>Living Myanmar I</p> |  <p>Myanmar II</p> |  <p>Spiritual Myanmar III</p> |  <p>Impressions of Myanmar IV</p> |
|  <p>Cambodia I</p> |  <p>Cambodia II (Angkor)</p> |  <p>Faces of Cambodia III</p> |  <p>Philippines I</p> |
|  <p>Faces of Indonesia I</p> |  <p>Impressions of Indonesia II</p> |  <p>Indonesia Black & White III</p> |  <p>Fiji Islands</p> |
|  <p>Pacific News (United) I</p> |  <p>Pacific News (United) II</p> |  <p>Easter Island (Isla de Pascua) III</p> |  <p>French Polynesia</p> |